

Posener Zeitung.

Fünfundsechziger Jahrgang.

Nr. 320.

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der Sonntage täglich erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 1½ Thlr., für ganz Preußen 1 Thlr. 24 Sgr. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des In- u. Auslandes an.

Donnerstag, 11. Juli

(Erscheint täglich zwei Mal.)

Inserate 2 Sgr. die schmalen Seiten über drei Raum, dreigespaltenen Kolumnen 5 Sgr. sind an die Expedition zu richten und werden für die an denselben Tage erscheinende Nummer nur bis 10 Uhr Vormittag angenommen.

1872

Aus England.

Der Parlamentarismus in England geht sichtlich einer Umgestaltung entgegen. Bisher gab es zwei große Parteien im Lande; die konservative und die liberale; von ihnen ging die Initiative im politischen Leben aus; sie gaben zu allen Reformen den Anstoß, sie entschieden über jegliche Maßregel, welche vor der Regierung dem Parlamente zur Verabschiedung vorgelegt wurde.

Seit einigen Jahren schon hat aber die konservative oder Tory-Partei in der Voransicht einer Bewegung, welche die alten Formen der englischen Konstitution alterieren könnte, sich den Namen „Konstitutionelle Partei“ beigelegt und sich mit dem Gedanken befreundet, daß demnächst Verfassungsveränderungen unvermeidlich eintreten könnten, denen sie auf halbem Wege entgegenkommen müsse. Sie hat sich zu diesem Schritte durch die Haltung der äußersten radikalen Partei gezwungen, welche den Parlamentarismus zu Gunsten der persönlichen Initiative reformiren und der exekutiven Gewalt eine größere Stärke etwa in der Weise verleihen will, daß der Premierminister zum Parlamente in denselben Verhältnisse stehen soll wie der Präsident der amerikanischen Union zu dem Kongress.

Schon Lord Palmerston hatte durch seine ironischen Witzeleien den Kredit des Parlamentarismus erschüttert, und Gladstone macht von dem Rechte, das ihm als Leader im Unterhause zusteht, einen so ausgedehnten Gebrauch, daß die Fruchtbarkeit der parlamentarischen Verhandlungen zuweilen ernstlich gefährdet schien. Freilich ist diese Energie des zeitigen Premiers, falls sie nicht, wie zuweilen geschieht, in Eigensinn ausartet, durch die Geschäftsaufordnung geboten. Das englische Unterhaus kann z. B. nie den Schluss einer Debatte aussprechen, weil jedes der 658 Mitglieder das Recht hat, an der Debatte Theil zu nehmen. Außerdem erstreckt sich der Wirkungskreis des Unterhauses über die winzigsten Lappalien; alle lokalen Einrichtungen in London, bis zur Pflasterung der Straßen und der Einrichtung der Kloaken hinab, gehören u. A. in die Kompetenz des Parlaments. Und zu alledem kommt, daß das Parlament immer nur Eine Frage, niemals zwei Gegenstände gleichzeitig behandeln kann. Der Vorwurf, daß Gladstone jedes Jahr hunderte von Gesetzesanträgen fallen lasse und bloß drei oder vier in einer Session durchführe, ist nicht von heute. Und wenn John Bright einst zur Verhödigung Gladstones bemerkte, es sei unmöglich, sechs Omnibusse nebeneinander durch Temple Bar (etwa eine Passage, die in die City führt) zu fahren, so wußte er nur die Schuld an der Schwierigkeit der Verhandlungen von dem Premier auf die Geschäftsaufordnung des Parlamentes ab. Diese aber ist über die Maßen unpraktisch und zeitraubend.

Alle diese Unstände fallen naturgemäß mit ihren Wirkungen auf das Ministerium zurück. Der Regierungsvertreter kann in den unwichtigsten Dingen einer Majorität gegenüberstehen, deren Hartnäckigkeit ihn zwingt, abzutreten. Denn in England ist die Existenz des Ministeriums von einem einzigen Votum des Parlaments abhängig. Präsident Grant bracht allerdings nicht abzutreten, wenn es ihm in einer einzelnen Abstimmung nicht gelingt, die Majorität zu überreden oder einzuschüchtern. Dies ist aber mit dem englischen Ministerium der Fall.

Die radikale Partei will daher den Premierminister unter die nämlichen Existenzbedingungen stellen, wie sie in der Union dem Präsidenten eingeräumt sind. In der Sache selbst stimmt die gemäßigte liberale Partei mit ihr überein, aber sie geht in den Aenderungsvorschlägen nicht so weit. Wenn es nach ihr ginge, so würde der Premier nur durch ein förmliches Misstrauensvotum, nicht aber durch ein entgegengesetztes Votum des Hauses gezwungen sein, sich zurückzuziehen. Außerdem wünscht die liberale gemäßigte Partei, daß der Premier ausdrücklich der Chef eines jeden ministeriellen Departements sei. Dadurch möchte sie dem Unstande entgegentreten, daß ein Minister, falls er mit dem Premier über irgend eine Frage seines Departements nicht übereinstimmt, resignieren muß.

Alle diese Befriedungen erweisen, daß eine starke Agitation in England vorhanden ist, welche sich wider die gegenwärtige Praxis des englischen Parlamentarismus richtet, und sie berechtigen zu der Annahme, daß es über kurz oder lang zu einer Aenderung der konstitutionellen Traditionen Englands kommen wird. Welchen Gang dieselben nehmen werden ist freilich nicht abzusehen, aber soviel steht wohl fest, daß in dem klassischen Lande des Parlamentarismus nicht eine Verstörung desselben, sondern nur eine Verjüngung und Modernisierung angestrebt wird und diese ist in England allerdings wünschenswerth und ungefährlich. In den Kontinentstaaten aber wird der Parlamentarismus vor der Hand als das bewährte Werk gegen die Reaktion ein Noli me tangere aller liberalen Befriedungen bleiben.

D e z i c h n u s

△ Berlin. 10. Juli. In katholischen Organen wird gegenüber dem peinlichen Eindruck, welchen die Ansprache des Papstes selbst in katholischen Kreisen gemacht hat, mit besonderer Emphase immer wieder darauf hingewiesen, daß der Papst am Schlusse seiner Aeußerung die Erfurth und den Gehorsam gegen die Regierung empfohlen habe, „so lange sie uns nicht gegen die Gebote Gottes und der Kirche besticht“; auch die „Kreuzztg.“ habe diesen Satz als mildernden Umstand hervorgehoben. Es ist jedoch nicht zu übersehen, daß der in Rede stehende Passus in der Übersetzung der „Germania“, der das vorstehende Zitat entnommen wird, eine viel mildernde Fassung erhalten hat, als im italienischen Text, wo es in Übereinstimmung mit dem zuerst aus Rom in die deutsche Presse gelangten Telegramm heißt: „Erfurth und Gehorsam gegen die Regierung, nicht freilich bei Gesetzen,

welche der Kirche zuwider sind.“ Es ist hiernach die Aufführung gegen Gesetze, welche der Kirche zuwider sind, vom Papste geradezu in Aussicht genommen, und der Passus daher nichts weniger als eine Aufforderung zum Gehorsam gegen die bürgerlichen Gesetze. — Nach einer Notiz vom Rhein in der „Spenerischen Ztg.“, welche mir anderweitig bestätigt wird, ist die Regierung jetzt mit einem Verbot der Theilnahme von Schülern an den sogenannten „Mariannischen Kongregationen“ vorgegangen. Es handelt sich dabei um Genossenschaften, in welchen die Kinder neben dem Religions-Unterricht frühzeitig in die Gemeinschaft der kirchlichen Bestrebungen mit allen konfessionellen Schröffenheiten hineingezogen werden. Die Beschränkung derselben war schon früher vielfach Gegenstand der Erörterungen gewesen. Unter den gewörtigen konfessionellen Verhältnissen mußte dieselbe doppelt dringlich erscheinen. — Der Strike im Kreise Dortmund, dessen Erlöschen vor etwa acht Tagen vorzeitig angenommen wurde, gilt jetzt nach amtlichen Nachrichten vom 6. d. als wesentlich beendigt. Die Belegschaften haben fast durchweg die Arbeit wieder aufgenommen. Eine weitere Verständigung dürfte in freier Verhandlung und ohne Koalition demnächst noch versucht werden. Im Kreise Essen dauert der Strike nachtheiligerweise fort. — Das Besinden des Wirtl. Geh. Legationsraths Abele hat sich leider auch in der jüngsten Zeit nicht verbessert und gibt Anlaß zu den ernstesten Befürchtungen. — Die Zeitungen bringen widerprechende Nachrichten über einen angeblichen Verkauf der Zeitung „Post“ an die Regierung. Soviel ich höre, haben zwar in neuester Zeit Verhandlungen stattgefunden, welche zu einem solchen Gerüchte Anlaß geben könnten, doch handelte es sich dabei nicht um einen Kauf für die Regierung und außerdem ist ein Abschluß der Verhandlungen nicht erfolgt.

— Der zur Erfüllungssfeier des Stein-Denkmales in Nassau gebildete sog. Vollzugs-Ausschuss hat, wie das Frk. Z. schreibt, die Redaktionen folgender Zeitungen mit einer Einladung zur Feierlichkeit beehrt: in Berlin „Reichs- und Staatsanzeiger“, „Norddeutsche Allg.“, „Neue Pr.“ und „Böhmische Ztg.“, „Köln. Ztg.“, „Augsb. Allg. Ztg.“, „Die beiden Wiesbadener Blätter“, „Rhein. Kurier“ und „Mittelrh. Ztg.“, „Schw. Mer.“, „Elber. Ztg.“, „Solinger (l.) Zeitung“, in Frankfurt „allein“ „Frankf. Presse“, „Gartenlaube“, „Nebel. Land und Meer“, „Dahme“. Wo bleibt da, fragt sehr richtig das genannte Blatt, die Wiener, Berliner, Frankfurter, Hamburger, Bremer, Leipziger u. Breslauer Journalist? Es sind wenige u. mit merkwürdigem Geschick ausgeführte Redakteure der Presse, welche der Polizei und dem aussichtsreichen Aufbauungsmittel gegenübertreten können, welche das genannte Blatt, die Wiener, Berliner, Frankfurter, Hamburger, Bremer, Leipziger u. Breslauer Journalist? Es sind wenige u. mit merkwürdigem Geschick ausgeführte Redakteure der Presse, welche der Polizei und dem aussichtsreichen Aufbauungsmittel gegenübertreten können, welche das genannte Blatt, die Wiener, Berliner, Frankfurter, Hamburger, Bremer, Leipziger u. Breslauer Journalist?

— Ueber die jüngste Vereinbarung mit Frankreich läßt sich die „Prov.-Corr.“ folgendermaßen aus:

Schon seit längerer Zeit trat seitens der französischen Regierung das eifrig Streben hervor, auch in Betreff der noch geschuldeten drei Milliarden zu einer neuen Vereinbarung zu gelangen, vor Allem zu dem Zwecke, dadurch eine reichere Befreiung Frankreichs von der deutschen Ostspaltung zu erreichen, zugleich freilich mit der Absicht, dem Kredit Frankreichs die schließlich Aufbringung der gewaltigen Summe, um die es sich noch handelt, zu erleichtern; denn immer entschiedener trat im allgemeinen politischen Bewußtsein die Ueberzeugung hervor, daß der Zeitraum bis zum März 1871 schon ziemlich eng begrenzt sei, um eine so große und so außergewöhnliche Finanz-Operation wie die Beschaffung und Zahlung von drei Milliarden Francs oder Acht-hundert Millionen Thalern zu bewältigen, wenn nicht bei Zeiten sehr entschiedene Schritte zum Beginne der Operation und damit zugleich zur Sicherung und Befestigung des französischen Kredits geschehen.

Je mehr die französische Regierung aus Gründen ihrer inneren Stellung und zur Befriedigung eines erklärlichen nationalen Verlangens wünschen mügte, die Räumung des französischen Gebietes möglichst zu beschleunigen, um so mehr mügte sie darauf Bedacht nehmen, der deutschen Regierung auch volle Bürgschaften für die Kraft und den Willen Frankreichs zur Erfüllung seiner vertragsmäßigen Verpflichtungen zu gewähren.

Deutschland hatte seinerseits kein Interesse und kein besonderes Verlangen danach, eine oder einige Milliarden der ausstehenden Schuld früher als bestimmt war zu erhalten: wir haben uns sowohl im Reiche, wie in den Einzelstaaten mit der Deckung der Kriegskosten, wie mit allen anderen Ausgaben eingereicht und damit der günstigen Finanzlage so einrichten können, daß wir in keiner Beziehung auf den Eingang der französischen Gelder zu warten haben. Unser preuß. Finanzminister konnte bei Vorlegung des letzten überaus günstigen Staatshaushalts mit berechtigter Genugthuung darauf hinweisen, daß die glückliche Lage unserer Finanzen einzige und allein auf der Kraft unserer inneren Entwicklung beruhe und daß wir noch keine Zahlung vom Reiche d. h. aus der französischen Kontribution empfangen hätten.

Wenn Deutschland bloß seine eigenen wirtschaftlichen Interessen zu Rache zöge, so würden wir wohl eher wünschen mögen, daß die Zahlungen der drei Milliarden sich noch auf eine längere Zeit, als dafür in Aussicht genommen ist, vertheilten, — indem mit dem reichen Zuflug so bedeutender Geldbestände manche volkswirtschaftliche Unstabilitäten und Schwierigkeiten verhindert sind, welche bei einer allmäßigen Abtragung der Schuld nicht eintreten könnten.

Alois nicht der Wunsch, früher in den Besitz der Kontribution zu gelangen, konnte Deutschland bestimmen, dem Verlangen Frankreichs nach früherer Räumung seiner Departements entgegenzukommen. Was für unsere Regierung dabei allein maßgebend sein konnte, war die Ueberzeugung, daß in dem Wunsche und Aerbieten Frankreichs zugleich ein Anzeichen und eine Bürdigung einer Friedenspolitik zu finden sei.

Um die Bedeutung der jetzigen Verhandlungen und ihrer Ergebnisse zu ermessen, möge man sich erinnern, wie weit verbreitet noch vor einem halben Jahre der Wahn in Frankreich und die Meinung in Europa war, daß Frankreich die erst zum März 1871 fälligen drei Milliarden überhaupt nicht zahlen, sondern es auf einen neuen Krieg um dieselben antreten lassen würde.

Diesen früheren Stimmungen gegenüber, welche in gewissen thatfächlichen Maßnahmen und Vorgängen eine Bestätigung zu finden scheinen, war es an und für sich von Bedeutung, daß die französische Regierung sich ernstlich anschickte, die Schuld Frankreichs an Deutschland abzutragen.

Bon dem Augenblick, wo die französische Regierung nicht nur im eigenen Namen, sondern in der Zuversicht auf die Billigung Frankreichs sich zu Anträgen entschloß, welche nur auf dem Boden friedlicher Absichten begründet sein könnten, hielt es die deutsche Regierung ihrerseits für eine Pflicht aufrichtiger Friedenspolitik, diesen Anträgen so weit entgegenzukommen, als es die Fürsorge für die Sicherung der eigenen Interessen irgend gestattete.

— Daß die Räumungskonvention in Frankreich nirgends einer entschiedeneren Feindseligkeit begegnet, als bei den ultramontanen Blättern, ist leicht erklärlich. Der Hass gegen Thiers und der Bon gegen das jesuitenfeindliche Preußen verbindet sich bei ihnen zu wahrhaft schrankenloser Wuth. In den schwärzesten Farben zeichnen sie den Vertrag als den Ruin und die Schande ihres Landes. Daneben führen sie mit Sonnenklarheit den Beweis, wie unendlich viel glücklicher das französische Volk daran sein würde, wären seine Geschicke allezeit nach dem Herzen des Heiligen Vaters geleitet worden. Das höchste leistet in diesem Punkte natürlich Herr L. Beuillot. Aus einem seiner Artikel im „Univers“ mag folgende Stelle hier Platz finden, welche sammt dem in ihr enthaltenen Altersstück gerade in diesen Tagen der famosen Phrase vom „Fusse des Kolosse“ noch ein ganz besonderes Interesse hat.

„Am 18. April 1701 — so erzählt Herr Beuillot — richtete Papst Clemens an die im geheimen Konzilium versammelten Kardinäle folgende Allocution: „Ehrwürdige Brüder!“ Es ist uns mitgetheilt worden und die Nachricht ist durch die ganze Welt verbreitet, daß Friedrich Markgraf von Brandenburg usw. vermittelst eines frechen und bisher unter den Christen nahezu unerhörten Sacraments von Preußen angemahnt hat, unter Verachtung der Kirche Gottes und durch einen schamlosen Bruch des Rechtes, welches in dieser Provinz dem sogenannten Deutschen Orden zusteht. Er hat sich also durch diese Handlung schamlos der Weise der Zahl derjenigen beigelegt, welche jenes göttliche Wort verdammten: Sie haben geherrscht, aber nicht durch mich. Sie haben sich zu Fürsten gemacht, aber ich habe es nicht gewußt. Bis zu welchem Grade eine solche Handlung den apostolischen Stuhl beleidigt und den heiligen Kanones widerspricht, welche befehlen, daß ein keizerlicher Fürst die Gewalt niederlegen soll, statt zu neuen Ehren erhoben zu werden, dafür ersparen mir Eure ausgesuchte Krommigkeit und Euer wohlbelannte Eifer die Beweisführung. Indes wollen wir Euch in Unwissenheit darüber lassen, daß wir diese Schandthat nicht bemächtigt haben; vielmehr haben wir, um das Nothwendige so viel als möglich zu thun und entsprechend den Pflichten unseres Amtes, durch Briefe an die katholischen Fürsten dieses freche und gottlose Attentat öffentlich verdammt. Zugleich haben wir sie ernstlich ersucht, nicht zu dulden, daß durch irgend eine Anerkennung, welche den von befagtem Markgrafen usurpirten Ehren gezeigt wird, man in einem nichtkatholischen Fürsten jene ehrwürdige und geheiligte Königswohl erwiedrigt, welche als ein besonderes Geschenk Gottes die Stütze und Bürde der wahren Religion sein soll. — Das, ehrwürdige Brüder, sind die Dinge, welche Wir Euch heute zu sagen hatten, daß Ihr an Unseren Rathschlägen Theil hätten und mit Gottes Hilfe Euch bereit zeiget, voll Wachsamkeit und Festigkeit und nach dem Masse unserer Kräfte für die Würde des orthodoxen Glaubens und dieses Heiligen Stuhles zu kämpfen.“ So die Allocution von 1701. Hr. Beuillot fügt hinzu: „Wenn die Könige Europas den Papst gehört hätten, hätte es kein Preußen gegeben. Aber sie verachteten seine Stimme, voran der König von Frankreich. Dann kam Voltaire, der die Andern nach sich zog, dann Napoleon I., dann Napoleon III., dann Bismarck — und schließlich zählen wir.“

Was sagen unsere preußischen Ultramontanen, die ja so vortreffliche Patrioten sind, zu dieser Wiedererauermung jener berüchtigten päpstlichen Allocution!

— Ueber Herrn v. Forckenbeck, welcher gestern von der Stadtverordneten-Versammlung zum ersten Bürgermeister von Breslau gewählt worden ist, werden den Lesern nachfolgende biographische Notizen von Interesse sein:

Max von Forckenbeck, Justizrat, Rechtsanwalt und Notar in Elbing, ist am 21. Oktober 1821 in Münster geboren, studirte in Gießen und Berlin, machte 1847 sein Staatsexamen und betrat mit seiner amtlichen auch seine politische Laufbahn als Präsident des demokratisch-constitutionellen Vereins in Breslau. 1849 wurde er als Rechtsanwalt nach Ostpreußen versetzt. Seit 1858 Mitglied des preußischen Abgeordnetenhauses für Mehrungen, seit 1866 für Königsberg, wurde er am 10. August 1866 zum Präsidenten des Hauses erwählt. Herr v. Forckenbeck stand stets in erster Reihe unter den Rednern der liberalen Partei; unter seinen Kommissionsberichten sind namentlich die über die Militärfrage hervorzuheben. Seit 1867 war v. Forckenbeck Mitglied des Abgeordnetenhauses für die Stadt Köln und Mitglied des konstituierenden und des ordentlichen Reichstags für Böhlendorf-Neuhaldensleben. Für die Session 1867–69 und in der gegenwärtigen Session des Abgeordnetenhauses wurde er wiederholt zum ersten Präsidenten des Abgeordnetenhauses gewählt. Für die XI. Legislaturperiode in vier Wahlkreisen gewählt, ist er eingetreten für den 1. Wahlkreis Reg.-Bez. Elbing-Marienburg. Herr v. Forckenbeck ist Katholik.

Folgende Bemerkungen der „Schles. Z.“ fügen wir diesen ebenfalls entnommenen Notizen hinzu:

Nicht minder als für die Aufgaben einer nahen Zukunft wird Forckenbeck für die unmittelbar vorliegenden der Gegenwart der rechte Mann sein. Seine langjährige treffliche Bewährung als tatkoller, thatkräftiger und vor Allem parteilos Präsident der bedeutsamsten politischen Versammlung unseres Staates birgt dafür, daß unter seiner Leitung jede Intrige scheitern und der Wille der Gesamtheit unserer südlichen Vertretung stets zum Ausdruck und zur Geltung kommen wird; die in seiner imponanten Persönlichkeit und der bekannten Ruh seines Wesens begründete Autorität, wobei sich die Männer älter Parteien im Parlamente stets willig unterordnen, wird in Arbeitskraft die prompte Ausführung dessen sichern, was Gesetz und Ordnung fordert; seine liebenswürdige Humanität wird ihm Herz und Vertrauen in allen Kreisen der Bürgerschaft erobern. Das Forckenbeck nicht der bürokratischen Sphäre entstammt, daß er auf parlamentarischem Boden seinen Denk gegründet hat, ist ein weiteres Moment, das wir als Freunde freier Selbstverwaltung nicht hoch genug anschlagen können. Wer von dem gewaltigen Umfang der Geschäfte eines Präsidenten unseres Volkshauses auch nur eine dunkle Vorstellung hat, wird nicht fürchten, daß es ihm darum an praktischer Geschäftserfahrung und Gewandtheit fehle.

— In der bekannten Ansprache des Papstes an den deutschen Leseverein erblicken die römischen Blätter augenscheinlich das Zeichen zum Ablegen der letzten Maske; das in Rom gesprochene Wort hat tatsächlich in hohem Grade aufreizend gewirkt, das Echo der ultramontanen Blätter spricht in dieser Beziehung mit nicht mißzuverstehender Deutlichkeit.

Zunächst — sagt die „Nordd. Allg. Ztg.“ — wird man sich fragen müssen, welchen Zweck man in Rom mit der Erfindung jener Fragen verfolgt, welche man an den deutschen Reichskanzler gerichtet haben will? Und wir wissen auf die Frage keine andere Antwort zu geben als die, daß man die Verantwortlichkeit für einen 600 Jahre alten Prinzipienstreit auf Eine Person konzentriren möchte. Nachdem die „Nordd. Allg. Ztg.“ einige Zitate aus ultramontanen Blättern, die unsern Lesern bereits bekannt sind, allegiert hat, fährt sie fort:

Will der Ultramontanismus noch deutlicher reden, so wird er schon direkt fragen müssen, ob kein Clement oder Ravaillac da sei? In der That, es gehört eine dreifte Stirn dazu, an das Schicksal der Kirchenverfolger, nachdem die Kirche sich gegen sie erklärt“ zu erinnern. „Das Gewissen aller ehrlichen Menschen“ gegen den „Feind der Kirche“ wachsen — als ob Niemand mehr von dem Fanatismus wüste, mit dem man die Jauregn, Salseda, Buza, Dordogno und Hanzoom zu erfüllen gewußt hat, bis Gérard dem großen Dramatiker das „Schicksal aller Kirchenverfolger“ bereitet.

— Die „Schlesische Volkszeitung“ sagt, wie wir aus der „Breslauer Ztg.“ ersehen, über die Ansprache des Papstes an den Deutschen Leseverein, ihr sei nicht zweifelhaft, daß „das neue Deutsche Reich, insbesondere sein Kanzler“ diejenigen seien, welche zertrümmert werden sollten.

„Man könnte das aber dem Papst nicht übel nehmen, denn er sei Italiener und als Mensch habe er sich von jeher nach den romanischen Reichen und ihrer glücklichen Entwicklung hingezogen gefühlt; als Graf Johann Maria Mastai-Ferretti habe er während des Krieges schwerlich auf deutscher Seite gestanden. Daß nun der Papst so geredet, wie er geredet muss nach der „Schles. Volks-Ztg.“, jeden deutschen Katholiken, der ein Freund des Deutschen Reiches ist, schmerzen. Jedoch liegt eine Entschuldigung darin, daß Antonelli von dieser Rede, speziell von der betreffenden Stelle, vorher nichts gewußt hat, denn sonst hätte er den Papst wohl gewarnt und dieser, gutmütig wie er ist, hätte die harmlos gemeinte, aber politische Ausführung gewiß unterlassen. Der Papst habe sich die Ausführung vorher nicht gehörig überlegt: „Bei ruhigem Überlegen hätte man auf jeden Fall gefühlt, daß ein solcher Schlag jenseits der Alpen mehr die Katholiken als ihre Gegner treffen würde, und sie auch bei weitem mehr schmerzen müßte als ihre Gegner, und daß sie so etwas denn doch durch nichts verdient haben dürften.“

— Die „Germania“ findet mit ihrer Interpretation der päpstlichen Rede auch in ultramontanen Kreisen Widerspruch. Das zu Paderborn, unter den Augen des Bischofs Martin, erscheinende „Westfäl. Kirchenblatt“ sagt: „Erwähnt sei hier noch, daß die Berliner Germania“ der Ansicht ist, daß unter dem „Pöbel“ nicht das deutsche Reich, sondern der durch den Fürsten Bismarck zur Macht gelangte Liberalismus gemeint sei. Eine solche Auslegung wollen die Berliner Blätter umso weniger zugeben, als der Liberalismus in der ganzen Rede mit keinem einzigen Worte erwähnt wird.“

— Die Jesuiten sollen bereits eine neue Allokution entworfen haben, in welcher der Papst gegen das Jesuitengesetz protestieren würde, sobald dasselbe die kaiserliche Genehmigung erhalten hat und publiziert ist. Die Allokution würde demnach bald kommen müssen, da die Genehmigung bereits am 4. Juli erfolgt ist und die Veröffentlichung des Gesetzes im „Staatsanzeiger“ wahrscheinlich nahe bevorsteht.

— „Pester Lloyd“ schreibt anscheinend offiziös: „Die Mittheilung verschiedener Blätter, als sei von Berlin aus die Einladung nach Wien gelangt, sich an einer diplomatischen Aktion gegen den Papst zu beteiligen, entbehrt jeder thathählichen Grundlage. In Berlin wie in Wien betrachtet man bisher Alles, was zur Wahrung der Integrität der Staatsgewalt gegen kirchliche Eingriffe unternommen wurde, als eine schlechtihen interne Angelegenheit, bezüglich deren kein Theil eines Kulturs bedarf und jeder Theil sich innerhalb der Grenzen seiner staatlichen Hoheitsrechte bewegt. Den Gefallen aus Fragen des Rechtes Machtfrauen zu machen, wird man der Kürie nicht erweisen. Eine Koalition der Mächte gegen Rom“ besteht nicht, weil es einer solchen eben nicht bedarf. Wenn sich die Kabinete von Wien, Berlin und Rom in dem Streben begegnen, die Gewalt der Kirche auf das ihr zukommende Gebiet einzuzäumen, so beweist das eben nur, daß den Interessen des Staatslebens Rechnung zu tragen wissen und daß diese Interessen auch auf diesem Gebiete jene Identität aufzuweisen haben, die auf politischem Gebiete zu dem zwischen den drei Kabinetten bestehenden, der Erhaltung des Friedens gewidmeten Einvernehmen gelangen ließ.“

— Von der gegen den Bischof Namzanowsky eingeleiteten Disziplinar-Untersuchung, so schreibt man der „A. A. Ztg.“, verlaufen gar nichts mehr. Es scheint, als ob dieselbe einstweilen gänzlich ruhe. Der mit der Führung dieses Prozesses beauftragte Ober-

Auditor, Geh. Justizrat Schlitte, hat einen vierwöchentlichen Urlaub angetreten, den er zu einer Kur in Ems nutzen wird. Während seiner Abwesenheit vertritt ihn der Divisi-Auditor Solms.

— Verschiedene Blätter berichten:

In gewissen Kreisen wird jetzt eifrig die Frage ventilirt, wie sich das Kriegsministerium gegenüber solchen Offizieren, welche notorisch Affiliirt sind, befinden werden, zumal einzelne derselben in der Armee, resp. als Adjutanten höhere Stellung bekleiden.“

Die „Germania“ bemerkt hierzu:

Diese Notiz kann nur dann einen Sinn haben, wenn man hier unter den „Affiliirten des Jesuitenordens“ diejenigen Offiziere versteht, welche in irgend einer Weise die Sympathien mit dem Jesuitenorden ausgesprochen oder ihm von irgend einem Dienst erwiesen haben. Wir wollen nun gleich den solchen Offizier nennen: Es ist ein Kavallerieoffizier und heißt Otto v. Bismarck. Als vor einigen Jahren die in erster Instanz ständigen Regierungsbehörden den Bau des Jesuitenklosters in Schirn nicht genehmigen wollten, da war es schließlich unser Ministerpräsident, der sich zu Gunsten der Sache und selbstverständlich mit Erfolg annahm. Nach der obigen Notiz scheint uns somit die militärische Stellung des Fürsten Bismarck ernstlich bedroht zu sein.

— Vom Rhein wird der „Spa. Ztg.“ geschrieben: Wie man hier hört, ist seitens der Provinzialhul-Kollegen angeordnet worden, daß die Schüler der höheren Lehranstalten künftig nicht mehr den Sodalitäten und geistlichen Geenschaften angehören dürfen. Es wäre sehr erfreulich, wenn diese Nachricht, die uns von guter Seite zugeht, auch von Berlin aus bestätigt würde. Denn bekanntlich wurden durch das Unrecht der Sodalitäten an den katholischen Anstalten die Köpfe der jungen Leute verwirrt, vereinigt und für den Ultramontanismus dressirt.

— Verschiedene Blätter berichten, der Kardinal Hohenlohe sei nach Bayern gereist. Das ist nach der „Germania“ ungenau. Der Herr Kardinal hat sich mit seinem Bruder, dem Herzog Viktor von Natisvor, nach dessen Sommerfest in Oberschlesien begeben.

— Die „Duisb. Volks-Ztg.“ meint aus sicherer Quelle, daß die weltliche Behörde des Landkreises Düsseldorf angehalten worden ist, durch die betreffenden Bürgermeister-Bericht über das Verhalten der katholischen Ortspfarrer ihrer Bezirke einzuziehen.

— Nachdem die Staatsregierung schreibt die „W.-Z.“, seit Jahren die ihr zufolgenden Patronate in der Erzdiözese Köln in außer Acht gelassen hatte, kängt man an, vom Rechte wieder Gebrauch zu machen und die Besetzung nicht mehr der Willkür des Erzbischofs zu überlassen, wie bisher; eine unverantwortliche Preisgabe, welche dem Oberpräsidium in Coblenz seit Jahren zur Last fällt! In Düsseldorf wurde der Anfang gemacht.

— Eine Notiz der „Boss. Ztg.“ hat in den sächsischen Blättern eine lebhafte Debatte über den Beichtvater des Königs von Sachsen hervorgerufen. Die Könige des fast durchweg protestantischen Sachsen sind nämlich katholisch, seitdem ein Kurfürst von Sachsen, um die politische Krone zu erlangen, den protestantischen Glauben aufgegeben hat. Auffallend ist, daß im sächsischen Volke niemals die Forderung hervorgetreten ist, daß die königliche Familie, da sie Polen doch nun einmal verloren hat, wieder protestantisch werden soll.

— Das unter den strenggläubigen Katholiken Bielefeld Montalembert in seinem verdammt Urteil gegen die römischen Jesuiten bestimmt, ist bekannt. Von hervorragenden Männern zählt ein Artikel der „A. A. Ztg.“ weitere katholische Namen auf, welche den Geist, der im Orden herrscht und den er der Kirche aufzwingen will, ebenso entschieden verurtheilten, — wir finden darunter den Franzosen Lacoste, den Italienern Menni, den Spanier Balma, den Engländer O'Connel, den Iränder Newmann, den Amerikaner Brownlow — und fügt als weniger bekannt die Mittheilung hinzu, daß auch im Orden selbst seit Jahren sich eine lebhafte Opposition gegen die in Rom herrschende Richtung erhoben hatte. „Schon zu Ende der 50er Jahre, heißt es, fand in Rom eine jener periodisch wiederkehrenden Generalkongregationen des Ordens statt, auf welcher ein ansehnlicher Theil der katholischen und der französischen Jesuiten gegen die Tendenzen der Civilta Protest einlegte und laut erklärte: diejenel kompromittire den Orden und die Kirche. Der größte Name, welchen die Gesellschaft in diesem Jahrhundert aufweist, de Ravignan, hatte noch kurz vor seinem Hinscheiden aus dieser Welt den Wunsch ausgesprochen, zu dieser Versammlung die Reise nach Rom machen zu können, „und wäre es auch nur, um mit fierbender Stimme gegen die unfeige Politik der Civilta Vermahnung einzulegen.“ Die Bewegung wuchs in den darauf folgenden Jahren, da der General des Ordens sich der freieren Richtung zu nähern schien und viele die Unterdrückung der römischen Zeitschriften verlangten, feste Pius IX. einen jener ihm eigenen Gewaltakten durch, indem er durch ein Breve im Juni 1865 die Redaktion der „Civilta“ als eigene Kongregation konstituierte, und sie dadurch der Jurisdiccion der Gesellschaft entzog. Die liberale Minorität des Ordens erkannte den Schlag, der damit gegen sie geführt war, und stand nicht an, die Konstitution für verlest, für durchlöchert zu erklären. Aber die deutschen Jesuiten, meist in Italien geschult, gingen völlig in die Tendenzen Roms ein, und ihre Hauptorgane, die Publikationen Schraders und die „Laacher Stimmen“ blieben kaum an Fanatismus hinter der „Civilta“ zurück. Mit Mühe fristete die Zeit-

getragen. Die Feier der Denkmals-Enthüllung ist in schöner und denkwürdiger Weise vor sich gegangen; zwar drohte der langsame Regen, als er zur Nachtkreis fei auf das Palathum zu senken begann, durch seine Beharrlichkeit das Fest zu stören. Das sprichwörtlich gute Wetter, welches den Kaiser bei seinem Erscheinen begleitet, hat jedoch auch dieser Kaiserfahrt sich hold erwiesen. Bald nach 11 Uhr langte die Kaiserin, vom Kronprinzen begleitet, in einem Extrazug von Babelsberg an; unmittelbar nach ihr der Kaiser von Ems aus im Wagen. Die Feiheitnehmer versammelten sich in Steins Wohnhaus, dem nun mehr Kielmannsgegegen Schloß, wohin die Enkelin Steins zum Morgen-Zimbiss geladen hatte. Beim Beginn der Enthüllungs-Feier begrüßte die Kapelle des 4. Garde-Regiments dem Programme gemäß das Kaiserpaar mit dem Mariane „Seht, der Sieger steht“ aus Händels „Judas Macabaeus“. Es folgte nach einer Hymne des Nassauer Sängerkors die Ansprache des Vorsitzenden des Zentralkomites, Reichstagsspräsidenten Simson, aus welcher der Schluss hier seine Stelle finden mag; der selbe lautete: „Im derselben Frist, in welcher die Schöpfungen der Kunst hier zum Ziele gediehen, ist auch das Werk seiner Vollendung näher gerückt, das Stein in den Jahren 1807 und 1808 begonnen, sind auch die Hoffnungen der Erfüllung entgegengereift, die in den Jahren 1813 und 1814 seine Feuerseele gezwungen haben. Auf dem freien einigen Boden des Vaterlandes haben sich Kaiser und Reich zu neuem Leben erhoben. In so glücklicher Gegenwart tritt er, der unter denen weit aus voranstand, die einst der Grund dieser Gegenwart, wieder vor uns hin! Er, der in Harren und Krieg, in Sturz und Sieg nicht müde ward, die Saat in die tiefe Furche des deutschen Gemüths auszustreuen, die nun unter dem Segen des Allmächtigen so wunderbar aufgegangen ist; er, der nicht abließ, seine sinn schweren Worte zu werfen in die Winde, daß einst der Sohn, der Enkel einst sie finde! Und er ist kein Traumbild, wie wir ihn erblicken; er war, er ist! Die Gottheit hatte ihn vollendet einst gedacht und dargestellt. So ist er theilhaft des Unendlichen, des Ewigen und ist auch ewig Unser! Im Angesicht unseres erhabenen Kaiser- und König-Paares, unter der Weise Seiner Gegenwart und der des Kronprinzen des deutschen Reiches und von Preußen, vor diesen hohen und edlen Zeugen allen lassen wir die Hülle sinken von Stein's Marmorbilde.“

Dies Denkmal, ein gothischer Baldachin, und insbesondere die darin stehende Bildsäule Steins vom Bildhauer Pfuhl, erregte bei seiner Enthüllung ungetheilte Bewunderung, ja ein freudiges Erstaunen. Nach einigen von der Schuljugend gesungenen Versen eines patriotischen Liedes betrat Heinrich v. Sybel die Tribüne zu einer Feierrede, welcher gleichfalls mit der gespanntesten Aufmerksamkeit gelauscht wurde. Für

schrift der französischen Jesuiten, die „Etudes religieuses“, ihr Dasein. Der Sieg der ultramontanen Tendenzen auf dem Vatikanum entschied über das Los der andern. Ihr Haupt, zugleich der gelehrtste Jesuit der Gegenwart, ward zum fünfzigstenmal in Rom verklagt und wegen mißliebiger Heiligentitit öffentlich vom Papst gemahngesetzt. Die „Etudes“ wurden im Winter 1871 unterdrückt, „als zu liberal“, die unter ihrem Namen fortbestehende Zeitschrift ist von anderen Männern und in ungefähr ultramontanem Sinne redigirt. Die Rücksicht auf unsere eigenen Freunde nötigte uns, den Schleier über anderen Borgungen ruhen lassen: zur Ehre der Menschheit sei es indessen gesagt, daß es auch unter den 8000 Jesuiten einige gibt, die für ihre Überzeugung zu leiden wissen.“

— Wie aus Essen gemeldet wird, soll das dortige Jesuitennest bald leer werden. Fünf dieser Nachkögel haben sich bereits Auslandsfässer und zwar für Holland, England, Frankreich, Spanien, Portugal und Nordamerika ausspielen lassen. Der Pater-Superior hat sich mit einem Basse für Dänemark und Nordamerika vergeben.

DRC. Die Nachricht von der Begnadigung des Generals Graf v. d. Gröben, welche übrigens auch von anderer Seite bestätigt wird, hat in hiesigen, namentlich militärischen Kreisen, nicht geringes Aufsehen erregt. Daß eine Begnadigung des Generals nach Ablauf einer bestimmten Zeit der Festungshaft erfolgen würde, das glaubte man schon annehmen zu können; daß dies aber schon nach Ablauf von 14 Tagen erfolgte, das ist, was hier überrascht hat. Eine fernere auffällige Errscheinung in dieser Angelegenheit ist, daß der Kaiser dem Grafen die Führung der 5. Division übertragen hat, die bekanntlich in Frankfurt ihr Standquartier hat; Frankfurt aber und Düsseldorf galten bisher unter den höheren Offizieren als eine Auszeichnung und derjenige Kommandeur konnte sich glücklich schämen, oder wurde sogar benedict von seinen Kameraden, dem die Führung einer dieser beiden Divisionen übertragen wurde. Umsomehr überrascht es, daß dem Grafen nach der Begnadigung noch eine solche Auszeichnung zu Theil wird und man sieht das in eingeweihten Kreisen für Hrn. von Mantuoffel, der einen alten persönlichen Zwist, wie es heißt, bis auf die Spitze zu treiben gewußt hat, als gewissermaßen kein günstiges Zeichen an. Von einer Seite wird die Begnadigung mit dem kürzlich aus Ems gemeldeten Vorfall in Verbindung gebracht, nach welchem eine anscheinend den höheren Ständen angehörende Dame es zu ermöglichen wußte, bei dem Kaiser auf der Promenade einen Fußfall zu thun und dem Monarchen ein Immediatgesuch zu überreichen, worauf sie unerkannt wieder verschwunden sein soll. Eingeweihte Kreise halten dieses jedoch für eine ganz irrtümliche Kombination, weil sie der Meinung sind, daß es der Familie des Grafen — der Vater ist der älteste Generaladjutant des Kaisers und Mitglied des Herrenhauses Graf v. d. Gröben — Neudörferen, — wenn sie zu einem solchen Mittel hätte ihre Zuflucht nehmen wollen, auch ohne eine solche Aufsehen erregende Szene, es gelungen wäre, beim Kaiser eine Audienz zu erhalten. Was General Graf v. d. Gröben nunmehr thun wird, ist allerdings noch nicht abzusehen. Thatsache ist, daß der Graf die Absicht hatte, nach Verbüßung der Strafe seinen Abschied einzurichten; er hatte sogar schon Ordre gegeben, seine Ordre zu verlaufen. Ob er durch diese, ihm zu Theil gewordene besondere Auszeichnung von diesem Beschluss absteht wird, weiß man zwar nicht, glaubt es aber.

— Die „Magd. Ztg.“ schreibt: „Wenn dem Minister des Innern, Grafen zu Eulenburg, es gelingt die Kreisordnung zu Stande zu bringen, so steht zu erwarten, daß in der nächsten Session des Landtages der Kultusminister Dr. Falz den Entwurf eines allgemeinen Schulgesetzes einbringe. Die Schulreform bleibt abhängig von der Reform der Kreisverfassung. Selbstredend nimmt die Kulturverwaltung für ihre größte legislative Arbeit den vom Abgeordnetenbaue amendierten und von der Regierung gut geheissen Entwurf zur Grundlage, und somit wird das Herrenhaus, wenn es der Kreisordnung nicht zustimmt, zugleich die Schulreform hinstreichen, ein Umstand, der für die feudale Rechte verlockend genug ist, um mit aller Macht die vom Grafen Eulenburg intendierte Reform zu hinstreichen. Allein es liegt auf der Hand, daß in demselben Verhältnis der Minister des Innern genötigt ist, zur Durchbringung seines Gesetzes alles zu thun was in seinen Kräften steht.“

— In den Ministerien, so schreibt man der „Eib. Ztg.“, ist man schon sehr eifrig mit der Vorarbeiten für das Budget pro 1873 beschäftigt, um dasselbe dem Landtage gleich bei seinem Zusammentreffen vorlegen zu können. Wie man vermuten darf, wird dasselbe mit einem sehr großen Überschuss — man spricht von über 10 Millionen — abschließen, und wir dürfen daher eine Steuererhöhung erwartet. In dieser Beziehung aber, darauf werden wir aufmerksam gemacht, darf man sich keinen Illusionen hingeben; die Debatten der Session haben auf den Minister nicht den Eindruck gemacht, um ihn zu bestimmen, von seiner Idee, den Schwerpunkt in die Reduktion der direkten Steuern zu verlegen, abzugehen. Unter den Mehrforderungen, welche in Folge der günstigen Finanzlage in dem Budget enthalten sein werden, wird sich auch das Geld für den Bau eines landwirtschaftlichen Museums befinden; dagegen soll vor einer Forderung behuts der so dringend nothwendigen Erweiterung des landwirtschaftlichen Lehrinstitutes zu Berlin nicht die Rede sein. Die Schul- und Unterlassung trifft natürlich nicht den Finanzminister, sondern den Minister der landwirtschaftlichen Angelegenheiten, welcher das Lehrinstitut nicht für nothwendiger hält als das Museum.

— Die Barake entwickelt sich zum Pfahlbau, schreibt man der „Fr. Ztg.“ von hier. Mit dem neuen Umzugstermine sind neue Kolonien der innern Flüchtlinge entstanden bei den Rehbergen und im Ge-

Theater.

Zwei Umstände hatten die Annahme gerechtfertigt erscheinen lassen, daß das für gestern angekündigte Benefiz des Hrn. Fliegner eines lebhaften Besuchs sich würde zu erfreuen haben: erstens ist Hr. Fliegner ein Posener, der sich, wie man weiß, durch rastlose Arbeit und trotz entgegengesetzter Hindernisse zu einem respektablen Schauspieler emporgerungen und dann hatte Hr. Lesser in kollegialer Vereitwilligkeit seine Mitwirkung zugesichert. Wenn dennoch das Publikum nur sehr spärlich sich eingefunden, so wollen wir jeden daraus resultirenden Schluß unterdrücken, können uns aber nicht versagen, mit einigen Worten auf die gestrige Vorstellung zurückzufommen. Aufgeführt wurde „Man sucht einen Erzieher“ und „Wer zuletzt lacht, lacht am besten“. Hr. Lesser als Arthur von Marsan ist von uns bereits rühmend besprochen worden. Auch Hrn. Fliegner's Leistung in den beiden Stücken (als Eduard von Dumenil und Carl von Rheder) ist von der besten Seite her bekannt. Wenn es aber dem von hier in ehrenvoller Stellung scheidenden strebamen jungen Künstler noch in irgend welcher Weise nützen kann, daß wir seine Begabung und seinen Ernst anerkennen und resümirend seine Vorfälle, welche in einem feinen, mahvollem Spiel, verständiger und pikanter Konversation und anziehendem Exterieur bestehen, noch einmal herhören, so sei es hiermit geschehen. Durch kleine Enttäuschungen, wie sein gestriges Benefiz war, wird er sich hoffentlich vom Wege gefunden Strebens nicht ablenken lassen. Es ist nun einmal immer und überall so gewesen: Nemo in patria propheta!

— m.

heute mag die ziemlich wörtliche Wiedergabe des Schlusswortes derselben genügen; es lautet: „Stein war im Grunde des Herzens ein glänziger lutherischer Christ und von der Überzeugung durchdrungen, daß die Sittlichkeit des Menschen nur auf wärme innerliche Religion gründet werden könne. Er begehrte deshalb festgeordnete kirchliche Errichtungen. Aber weil die Religion bei ihm ein innerliches und deshalb freies Geistesleben war, stand er hoch über konfessioneller Bevölkerung und getrennt von jeder hierarchischen Anmaßung. Er, der entschlossenste Protestant, nahm in späteren Jahren das wärmste Interesse an dem Wiederaufbau der katholischen Kirche, in Rheinland und Westfalen. Gleichviel ob in der einen oder andern Form, ihm lag nur daran, daß die sittlichen Segnungen des Christenthums dem Volke und dem Vaterland zu Gute kämen. Denn in jener Zeit, als Kardinal Spiegel die katholische Kirche verwaltete, damals befürte Niemand, daß der vaterländischen Staatsgewalt den nötigen Einfluß auf die vaterländische Kirche bestreiten oder die Staatsgesetze als unverbindlich den kirchlichen Statuten unterordnen könne. Und von Allen wäre Stein der Beste gewesen, irgend eine Spur solcher Regelungen zu ertragen. Wo sich Anfänger derselben zeigten, sprach er gegen Spiegel und andere Freunde seine schwerste Missbilligung aus gegen das heiderische Aufrütteln katholischer Zeitungen, das vielfache Professentumachen, das Einschleichen und Einschwärzen der Jesuiten. Er beklagte, daß die katholische Kirche durch Entstehung einer rein despötzischen Regierung und die Nichtachtung der Rechte der Bischöfe und Gemeinden in innere Zerrüttung gerathen sei; er begehrte Herstellung dieser Zwischenbehörden und ihrer Rechte, ein freies geistiges Wirken in den einzelnen Nationalkirchen nach Maßgabe der Individualität der Nationen.“ Eine päpstliche Autokratie, sagte er, halte ich für schädlich.“ Spiegel schwieg auf diesen Brief. Wird die Gegenwart die Antwort auf die dort aufgeworfenen Fragen geben? Dieselbe Gesinnung bekundete sich in Steins Auffassung des öffentlichen Unterrichts. Er wollte eine Methode, durch welche jede Geisteskraft von Innen heraus entwickelt und jedes edle Lebensprinzip angeregt würde. Eine Entwicklung von Innen heraus, das ist das Grundwort jeder edlen Pädagogik, die Verwertung jeder äußerlichen Dressur, die Entfaltung der Seelenkräfte im Aether der wissenschaftlichen Freiheit. Bei dieser Auffassung war es kein Widerspruch, daß Stein, der durch und durch kirchliche Mann, zwar die Erziehung durch religiöse Wärme getragen, den Unterricht aber völlig aus kirchlicher Bevormundung herausgehoben wünschte. Er begehrte die Trennung des Kultus- und des Unterrichts-Ministeriums. Die Schule ist ihm nach altpreußischem Grundsatz schlechthin Sache des

Sundbrunnen am dortigen "See." Die "Schulbaracke" ist bereits durch eine Subkommission der städtischen Behörden geprüft worden, die sich dafür ausgesprochen hat. Der vorgelegte Entwurf gestaltet eine genügende Erwärmung, zu der man vorläufig eiserne Regulatoren mit Mänteln in Aussicht genommen hat. Dieselben lassen auch eine bequeme und ausreichende Ventilation zu. Statt der Schornsteine sollen doppelte eiserne Röhren — ähnlich wie bei den Lazarettbaracken — in Anwendung kommen.

— Die durch ein Telegramm der "Bresl. Ztg." verbreitete Nachricht, daß die "Post" durch Vermittelung des Geh. Reg.-Rathes Hahn in den Besitz der Regierung übergegangen sei, erklärt die Redaktion des Blattes für erfunden.

— Der "Reichsanzeiger" Nr. 160 veröffentlicht ein Gesetz, betreffend die Gebühren und Kosten bei den Konsulaten des Deutschen Reichs.

— In der Sitzung des internationalen Kongresses zur Reform des Gefängniswesens in London vom 6. d. M. unter dem Vorsitz des Herrn G. W. Hastings erschien der Minister des Innern, Bruce, um die Delegirten Namens der Regierung willkommen zu heißen und ihnen für ihre Tätigkeit hinsichtlich der Verabschaffung der verschiedenen Punkte des Programms seinen Dank auszudrücken. Bei der Gelegenheit stellte der Minister nachdrücklich in Abrede, daß die Regierung den Arbeiten des Kongresses gegenüber Gleichgültigkeit zur Schau trage. Während er erklärte, warum die Regierung die Verhandlungen des Kongresses nicht thätig unterstützen könne, versicherte er, daß den Mitgliedern des Kongresses jede Erleichterung für das Studium des britischen Gefängnisystems und alle Mittel zur Erlangung von Information geboten werden würden, — eine Zusicherung, die vom Kongress mit lauter Beifall begrüßt wurde. — Ehe der Kongress zur Wiederaufnahme seiner Diskussionschrift, stellten mehrere deutsche und französische Delegirte den Antrag, der Kongress möge über jede Frage eine Resolution annehmen; der Vorsitzende aber erklärte, das Komitee sei nach reiflicher Überlegung zu dem Schlus gelangt, daß, da der Zweck des Kongresses sei, Thatsachen zu sammeln, die Unterbreitung von Anträgen nicht ratsam erscheine. Am Schluss der Arbeiten werde die Executive jedoch einen Bericht der Öffentlichkeit übergeben, welcher die vorherrschende Meinung der Konferenz über jedes der verschiedenen Themen darlegt. Die Abstaltung der Berichte über die in den früheren Sitzungen diskutierten Fragen führte zu einer wiederholten lebhaften Debatte über die Einführung der körperlichen Züchtigung als Disziplinarstrafe in Gefangenanstalten, gegen welche sich die Majorität der Versammlung erklärte. Darauf folgte der Bericht über die Frage der Gefängnishaft auf Lebenszeit. Im Allgemeinen herrschte die Ansicht vor, daß eine Gefängnisstrafe auf Lebenszeit, da sie eine Strafe ohne Hoffnung auf einmalige Rückkehr in die Gesellschaft sei, kaum verhindert werden könne, daß sie aber in einzelnen Fällen, wie für des Mordes schuldig befindliche Verbrecher nothwendig sei. An der Debatte beteiligten sich Professor von Holtzendorff, Herr Bachr Cremieux, Graf Solothurn, Dr. Guillaume und Herr Pöls.

Breslau, 9. Juli. Über die gestrige Oberbürgermeisterwahl macht der Korrespondent der "Span. Ztg." folgende Mitteilungen. Unter der nationalliberalen Partei hatte die Wahl soviel Interesse erregt, daß zwei im Bade oder auf Reisen abweisende Mitglieder von Marienbad und Köln auf einen Tag herbeieilten, um ihre Stimmen abzugeben. In der Fraktionsversammlung der Fortschrittpartei war der Beschluss gefaßt worden, falls Zelle im ersten Wahlgang nicht den dritten Theil der Stimmen auf sich vereinige, im zweiten Wahlgang auf Forckenbeck überzugehen. Trotzdem hielten im zweiten Wahlgang 13 Mitglieder an Zelle fest und von diesen gingen 5 im dritten Wahlgang auf den ziemlich konservativen Barth über. Dem telegraphisch gemeldeten Stimmverhältnisse ist nachzutragen, daß in jedem Wahlgang ein unbeschriebener Stimmzettel abgegeben wurde. Forckenbecks Freunde geben sich der sicheren Erwartung hin, daß er die Wahl annimmt.

Darmstadt, 7. Juli. Die heute im Bantehal der Freimaurerloge stattgehabte erste Sitzung der 2. ordentlichen Generalversammlung der Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung war außerordentlich zahlreich besucht. Unter den Anwesenden befanden sich Prinz Ludwig von Hessen, die Minister v. Lindelof und v. Bieckholz sowie verschiedene hochstehende Staatsbeamte. — Schütze-Delitzsch eröffnete um 9 Uhr Morgens die Versammlung mit einer zündenden Ansprache, in welcher er den Verein gegen den ihm gemachten Vorwurf materialistischer Tendenzen verteidigte und die ideale Seite seiner Bestrebungen hervorhob. Nach Bildung des Bureau's hielt Herr von Langsdorf (Darmstadt) Namen des biesigen Zweigvereins die Anwesenden willkommen, worauf Franz Düncker (Berlin), der Schatzmeister des Gesellschafts, den Rechenschaftsbericht über das verflossene Vereinsjahr erstattete. Wir entnehmen demselben die Thatsache, daß die Gesellschaft nahezu 1700 Mitglieder zählt, wovon die meisten auf die Rheinpfalz, Hessen-Nassau, das Großherzogthum Hessen und die Provinz Brandenburg entfallen. Hierauf wurden die Herren Weller, (Darmstadt), Dahms (Hamburg) und Baum (Crefeld) mit Prüfung der Rechenschaftsablage beauftragt und sodann in die Tagesordnung eingetreten. Zuerst kam zur Verhandlung der Bericht über die obligatorische Fortbildungsschule von Professor Dr. J. B. Meyer (Bonn) und der Antrag von Pache (Zittau) und Meyer (Bonn): "Die Generalversammlung möge beschließen, die Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung erklärt die Einführung von obligatorischen Fortbildungsschulen für unbedingt nothwendig. Sie hält deshalb den sächsischen Schulgesetzesentwurf, insoweit er die Fortbildungsschule als einen unablässlichen Theil der Volkschule hinstellt, für eine

Fortschritt und verpflichtet ihre Mitglieder und Zweigvereine, in sämtlichen deutschen Staaten mit allen Kräften für Herbeiführung gleicher gesetzlicher Bestimmungen zu wirken."

Der Referent Meyer (Bonn) begründet hierauf in klarer Vorträge unter unparteiischer Würdigung, der einer allgem. Verpflichtung zum Besuch von Fortbildungsschulen entgegenstehenden Ansichten und mit Heranführung eines ausführlichen statistischen und historischen Materials 8 Thesen über die Einrichtung der Fortbildungsschulen.

Nach einer längeren Debatte und etwa halbstündigen Unterbrechung der Sitzung wurde die Verhandlung um 1½ Uhr wieder aufgenommen. Der Präsident erhebt das Wort Franz Wirth (Frankfurt a. M.) Derfelbe führt aus, daß der Staat berechtigt sei, hier einzugreifen, daß von Selbsthilfe hier keine Rede sein könne, da hier Unmündigen geholfen werden solle und erachtet den obligaten Fortbildungunterricht für eine nothwendige Konsequenz des durch die Verhältnisse gebotenen Schulzwangs. Er bezeichnet es als eine Aufgabe des Vereins, eine Reform des Volksschulwesens, namentlich Beseitigung der clerikalen Einflüsse anzustreben. Hierauf ergreift Schulze-Delitzsch das Wort zur Begründung seines inzwischen in Gemeinschaft mit Franz Duncker eingebrachten Antrags, dahin gehend:

"Die General-Versammlung fordert ihre Mitglieder und Zweigvereine auf, in sämtlichen deutschen Staaten für die Gründung von Fortbildungsschulen und Herbeiführung des obligat. Besuchs derselben zu wirken."

Für den obligatorischen Fortbildung-Unterricht traten auf Grund ihrer praktischen Erfahrungen noch Dr. Dieliz (Berlin) und Reg.-Rath Fianheimer (Wiesbaden) ein, worauf der Schluß der Debatte angenommen wird und Referent Meyer (Bonn) seinen Antrag zu Gunsten desjenigen von Schulze-Duncker zurückstellt, was vorher schon Dr. Gareis ebenfalls gethan hat. Dieser Antrag findet alsdann mit allen gegen eine Stimme Annahme. Die Amendements Linde und Dahms werden mit weit übereinstimmender Majorität verworfen.

Über den Antrag des Central-Ausschusses: die General-Versammlung möge beschließen, die Zweig- und Ortsbildungvereine aufzufordern, mit der Einrichtung von Volksbibliotheken vorzugehen, referiert an Stelle des nicht erschienenen, verhinderten Dr. Löwe (Coburg) Dr. Gareis (Würzburg) der in den Volksbibliotheken das Mittel erachtet, die Resultate der Wissenschaft unter die Masse des Volkes zu bringen. Der gestellte Antrag, der mit dem von Meyer (Bonn) "die General-Versammlung möge beschließen, den Mangel geeigneter Volkschriften und etwaige Vorschläge zur Abhilfe zur Sprache zu bringen" gemeinsam zur Diskussion gestellt wurde, fand nach langer Debatte die Zustimmung der Versammlung. An der Debatte beteiligten sich Prof. Schmidt-Schwarzenberg (Erlangen) sowie Dr. Schulze (Mainz) welch Letzterer namentlich auf den verderblichen Einfluß der als Lesefutter in dem Publikum massenhaft verbreiteten neuern Romanliteratur hinwies. Dem gegenüber hob Franz Duncker hervor, daß in neuerer Zeit auch unendlich viel Gutes geschaffen worden, vernünftig auf die Wirksamkeit der Tagespresse, die Erfolge populärer Zeitschriften, wie der Gartenlaube u. c., auf die allg. Verbreitung der Kläffer und empfahl unter Hinweis auf den Berl. Handwerkerverein ganz besonders die Errichtung von Volksbibliotheken und Lesezimmern im Anschluß an bestehende Bildungsvereine, da nur durch diese Verbindung solche Institute ihren vollen Nutzen bringen könnten. Nachdem noch die Referenten Gareis und Meyer diesen Ausführungen im wesentlichen zugestimmt hatten, wurde wegen der vorgerückten Zeit (5 Uhr Nachmittags) die Debatte geschlossen und der betreffende Antrag des Centralausschusses einstimmig angenommen.

Um 5 Uhr vereinigte ein Banquet über 100 der Teilnehmer im Saale des Hotels "Zur Traube" bis zur späten Abendstunde, wobei die die Gemüther erfüllenden mit den Zielen des Bildungsvereins verknüpften Ideen in zahlreichen Toasten ihren Ausdruck fanden.

Österreich.

Kraau, 4. Juli. Die am 1. und 3. d. M. hier stattgefundenen Gemeinderatswahlen haben überraschende Resultate zu Tage gefordert. Die jüdischen Wähler, die während der Vorwahlen schüchtern und beiderseitig austraten, haben glänzend gesiegt, und so mancher eifrig "Patriot" sah sich bemüßigt, die "Israelitischen Brüder" anzuflehen, sie möchten doch ihn, der seit jeher ein Freund ungehemmelter Gleichstellung aller Bürger gewesen, um des Himmels willen nicht durchfallen lassen. Die Juden, ein gutmütiges Volklein, wie sie schon sind, ließen sich manchmal — erwischen. Das dieses unerwartete Wahlresultat dem "Eras" ein Abergerniß giebt, ist natürlich. Wir drücken dem ultramontanen Organe zu diesem Schmerze unser Beileid aus. Eigentlich aber und zweifelsohne höchst komisch ist der aus diesem Anlaß in einem anderen hiesigen Lokalblatte ausgezogene nationale Schmerzensschi. "Wehe! die neuen jüdischen Gemeinderäthe lassen der Kinder in Deutschland erziehen" — jammert der "Era". Wir bedauern im Interesse der Zivilisation, daß dieses den neuen Stadtverordneten angedachte nationale Verbrechen leider nicht wahr ist. Doch gesetzt das Fall, daß dem wirklich so wäre, sollten darum dieselben auf das Ehrenamt eines kroatischen Gemeinderathes weniger Berechtigung haben, als z. B. der verbliebene Gemeinderath Graf Potocki, der seine Kinder ebenfalls in der Fremde, allerdings in Paris, dem Mecca der "Franzosen des Ostens", erziehen ließ? Charakteristisch ist es, daß einer der Neugewählten, der seine Kinder in Biala erziehen läßt, vor dem Richter-Tribunale des "Era" gleichfalls verurtheilt wird. Damit räumt das polnische Blatt ein, daß die Stadt Biala deutsch ist und aus Galizien ausgeschieden werden muß. (Deutsche Zeitung.)

Staates. Auch hier hat die Gegenwart zum Heile des Vaterlandes an die Bestrebungen der großen Befreiungsjahre wieder angeknüpft." Redner erwähnte darauf der Achtung Steins durch Napoleon, der Verfürstung Steins nach Russland, seines entscheidenden Einflusses beim Kaiser Alexander und während des Befreiungskrieges. "Das Wort, lagte er, welches vor allen Andern Stein diesem Kriege zur Vorsicht gab, es hat fortgetragen durch die Geschlechter der Menschen, bis es endlich heute zur glorreichen Erfüllung gelangt ist: die Einheit Deutschlands. Längst hatte er der Überzeugung gelebt, daß die Gesellschaft nahezu 1700 Mitglieder zählt, wovon die meisten auf die Rheinpfalz, Hessen-Nassau, das Großherzogthum Hessen und die Provinz Brandenburg entfallen. Hierauf wurden die Herren Weller, (Darmstadt), Dahms (Hamburg) und Baum (Crefeld) mit Prüfung der Rechenschaftsablage beauftragt und sodann in die Tagesordnung eingetreten. Zuerst kam zur Verhandlung der Bericht über die obligatorische Fortbildungsschule von Professor Dr. J. B. Meyer (Bonn) und der Antrag von Pache (Zittau) und Meyer (Bonn): "Die Generalversammlung möge beschließen, die Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung erklärt die Einführung von obligatorischen Fortbildungsschulen für unbedingt nothwendig. Sie hält deshalb den sächsischen Schulgesetzesentwurf, insoweit er die Fortbildungsschule als einen unablässlichen Theil der Volkschule hinstellt, für eine

Staates. Auch hier hat die Gegenwart zum Heile des Vaterlandes an die Bestrebungen der großen Befreiungsjahre wieder angeknüpft." Redner erwähnte darauf der Achtung Steins durch Napoleon, der Verfürstung Steins nach Russland, seines entscheidenden Einflusses beim Kaiser Alexander und während des Befreiungskrieges. "Das Wort, lagte er, welches vor allen Andern Stein diesem Kriege zur Vorsicht gab, es hat fortgetragen durch die Geschlechter der Menschen, bis es endlich heute zur glorreichen Erfüllung gelangt ist: die Einheit Deutschlands. Längst hatte er der Überzeugung gelebt, daß die Gesellschaft nahezu 1700 Mitglieder zählt, wovon die meisten auf die Rheinpfalz, Hessen-Nassau, das Großherzogthum Hessen und die Provinz Brandenburg entfallen. Hierauf wurden die Herren Weller, (Darmstadt), Dahms (Hamburg) und Baum (Crefeld) mit Prüfung der Rechenschaftsablage beauftragt und sodann in die Tagesordnung eingetreten. Zuerst kam zur Verhandlung der Bericht über die obligatorische Fortbildungsschule von Professor Dr. J. B. Meyer (Bonn) und der Antrag von Pache (Zittau) und Meyer (Bonn): "Die Generalversammlung möge beschließen, die Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung erklärt die Einführung von obligatorischen Fortbildungsschulen für unbedingt nothwendig. Sie hält deshalb den sächsischen Schulgesetzesentwurf, insoweit er die Fortbildungsschule als einen unablässlichen Theil der Volkschule hinstellt, für eine

Belgien.

Brüssel, 8. Juli. Heute hat der Korrektionel-Gerichtshof in dem Prozeß gegen Herrn Camille Nothomb und Gen. sein Urtheil gesprochen. Es ist dies eine Episode in dem großen Langrandischen Prozeß; die Herren Nothomb und Henry sind der Mitschuld bei dem betrügerischen Bankrotte Langrand's und des Missbrauchs des Vertrauens angelagt, die Herren Anatole Langrand und Ballieu, die Damen Langrand und Ballieu sind nur der Mitschuld an dem betrügerischen Bankrotte angelagt. Alle wurden in contumaciam verurtheilt, Nothomb und Henry wegen des ersten Vergehens zu fünf, und wegen des zweiten zu zwei Jahren Gefängniß, zu 500 Fres. Geldbuße und in einen Theil der Kosten; Madame Langrand, ihr Sohn Anatole und die Cheleute Ballieu, Schwäger des römischen Grafen Langrand-Dumonceau, jeder zu drei Jahren Gefängniß und in die Kosten. Die lange Prozeß-Verhandlung bot einige sehr interessante Momente, um so mehr, als der Langrandische Schwund tief in das politische Parteigebiete eingreift und ein Blick in die Geheimnisse hocharistokratischer und hochklerikaler Kreise und der haute finance geöffnet. Aus der ebenerwähnten Episode des großen Prozesses geht wenigstens augenscheinlich hervor, daß die Langrand'sche Elique einen ganz bewußten, fast gannerhaften Schwund trieb, der sich auf eine selbstsame Weise mit bigoter Religiosität verbindet.

Frankreich.

Die "Corr. Havas" berichtet: "Das Gericht, daß Herr Thiers bei Gelegenheit der Debatte über das Anleihen den Anlaß ergreifen werde, um seine Politik unter der Form einer Botschaft eingehend aus einander zu setzen, gewinnt an Bestand. Die Regierung verlangt 150 Millionen für die durch den Verlust von Elsaß und Lothringen nothwendig gewordenen Fortifikationsarbeiten. Die Armee-Kommission, an welche die Frage von der Budget-Kommission zugewiesen wurde, hat den Antrag gestellt, die Versammlung möge dafür eine aus Generalen bestehende Spezial-Kommission wählen. Herr Thiers soll sich den Vorsitz derselben vorbehalten und die Ernennung der Hälfte ihrer Mitglieder in Anspruch nehmen."

Das "Evenement" enthält folgende Mittheilung:

Wir rüden unter allem Vorbehalt folgende Note ein, welche uns als Erklärung zu folgender Stelle des offiziellen Blattes zugeht: "Die Regierung wird sich bemühen, so viel als möglich diese letzte Zeit der Heimfahrt vermittelst finanzieller Kombinationen, zu denen der Vertrag ermächtigt, abzukürzen." Die Regierung hat in den Kassen des Staatschages 500 Millionen, welche von der letzten Anleihe herriehen, und die sie sofort den Deutschen bezahlen kann. Die neue Anleihe wird gegen Ende dieses Monats aufgelegt werden. In den ersten Tagen des Monats September wird die französische Regierung also eine beträchtliche Summe in Händen haben. Man glaubt, daß die vier Departements Marne, Obere Marne, Ardennen und Vogesen vor der Rückkehr der Nationalversammlung geräumt sein werden. Was die Departements Meurthe et Moselle und Meuse anbelangt, so wird ihre Räumung kurze Zeit nach der der übrigen Departements erfolgen, da die finanziellen Garantien für die letzte Milliarde leicht aufgefunden werden können.

Der Gemeinderath der Stadt Paris hat seine Arbeiten Betreffs der neuen Namen, welche ein Theil der Straßen von Paris erhalten sollte, beendet. Als Prinzip hat er aufgestellt, daß keine Straße den Namen eines Mannes erhalten darf, der sich noch am Leben befindet. Die Namen Hauffmann und Ulrich werden daher von den Schildern verschwinden. Außerdem sollen die Namen unterdrückt werden, welche das Kaiserreich den Straßen aus politischen Gründen gab; dazu gehören die Namen "Empereur", Roi Jerome, Prince Eugenie u. c. Unter den Todten, nach denen einige der Straßen benannt werden sollen, befinden sich Lafontaine, Perrher, Madame Roland, Lacordaire, Diderot und Soeur Rosalie, was andeutet, daß man in Zukunft bei der Benennung der Straßen die Politik ganz bei Seite lassen will.

Am 6. Juli hatte Herr de Saint Ballier eine lange Zusammenkunft mit dem General Mauffsel. Es handelt sich darum, wo und auf welche Weise die 16,000 Mann deutscher Truppen, die bis jetzt in der Oberen Marne und der Marne stehen, in den vier Departements, die vor der Hand noch besetzt bleiben, untergebracht werden sollen. Man beschloß, daß deutsche und französische Genieoffiziere gemeinschaftlich die Orte wählen sollen, wo die Baracken für die Truppen errichtet werden. Wie es scheint, sollen die Offiziere dieser Truppen ebenfalls in Baracken wohnen. Man wird für dieselben besondere Baracken errichten. Die Bewohner der vier Departements, bei denen die Truppen, die sich auf dem Durchmarsch befinden, eingekwartiert werden, sollen vom französischen Staatschase entzündigt werden.

Der bekannte Republikaner A. Ranc, der in Frankreich unter der Regierung des 4. September eine große Rolle gespielt hat, veröffentlicht gegenwärtig in der "République Française", dem von seinem Freunde Gambetta geleiteten Blatte, einen Roman: "Unter dem Kaiserreiche", der in der einschneidendsten Weise die Zustände in dem

Nach einigen Dankesworten im Namen der Angehörigen Steins gedachte Graf Arnim-Woistenburg der Bielen, welche sich um das Zusammenkommen des Steindenkmals im Nassauer Lande und in ganz Deutschland verdienten und wies insbesondere auf die hinsichtlichen Leiter des Ausschusses auf Häußer, Bagenstocher und Gerwinus, dankend hin, ein Trinkspruch, welchem später ähnlich auf den gegenwärtigen Vorsitzenden, Präsidenten Simson, und auf andere Mitglieder des Ausschusses folgten. Mit einem poetischen Toaste auf die Künstler des Denkmals, den Baillath Bais aus Wiesbaden und den Bildhauer Johannes Pfuhl aus Berlin, welchen Medizinalrat Dr. Lehr von Nassau vortrug, schloß die Reihe der offiziellen Trinksprüche, um die Scheuern der freien Verbindung weit zu öffnen. Es folgten Trinksprüche auf den anwesenden Gefährten Amerika's Dr. Bancroft, auf den ehemaligen Bürgermeister vom Stadtrath Techow Namens der Stadtberlin ausgetragen, auf die Gewissensfreiheit — doch wer zählt die Sprechende alle, die ein angeregtes und aufmerksames Publikum mit sichtlichem Wohlgefallen anbietet.

Die Feiergenossen begaben sich nunmehr nach der städtischen Wiese, wo eine große Halle aufgestellt, ein Volksfest im Gange war und ein lebhaftes Treiben sich fand, aus dem Munde einiger der bedeutenden Redner, welche dieser Tag in das Lahntal geführt hat, Worte der Erinnerung an den großen Helden zu vernehmen, welchem dieser Festtag gewidmet war.

* Aus *Lissis* wird der "Levant Times" eine schreckliche Geschichte von Kannibalismus gemeldet. In der persischen Stadt Kerman hatten zwei Frauen, von sieben anderen Personen unterstützt, drei Kinder gestohlen und aufgegessen. Sie wurden verhaftet und man fand die Knochen der getöteten Kinder in ihren Kleidern versteckt. Der Großvizer verurtheilte die beiden Frauen zum Galgen und die Milizien zum Hungertode. Eine Woche später fand man die Leichen der Toten aufgefunden hatten.

* Ein Exempel. Der "Newyork Stockholder" hat berechnet, daß, wenn sämtliche Lokomotiven auf die 125,000 Meilen Eisenbahnen der Welt in einer Linie hintereinander aufgestellt würden, sie von Newyork nach Chicago, eine Entfernung von nahezu 1000 englischen Meilen reichen würden. Der Wert dieser Lokomotiven, jede zu 10,000 Dollar gerechnet, würde 2,640,000,000 Dollar betragen, eine Summe, die mehr als hinreichend ist, um die Bundesstaaten der Vereinigten Staaten zu tilgen.

Staates. Auch hier hat die Gegenwart zum Heile des Vaterlandes an die Bestrebungen der großen Befreiungsjahre wieder angeknüpft." Redner erwähnte darauf der Achtung Steins durch Napoleon, der Verfürstung Steins nach Russland, seines entscheidenden Einflusses beim Kaiser Alexander und während des Befreiungskrieges. "Das Wort, lagte er, welches vor allen Andern Stein diesem Kriege zur Vorsicht gab, es hat fortgetragen durch die Geschlechter der Menschen, bis es endlich heute zur glorreichen Erfüllung gelangt ist: die Einheit Deutschlands. Längst hatte er der Überzeugung gelebt, daß die Gesellschaft nahezu 1700 Mitglieder zählt, wovon die meisten auf die Rheinpfalz, Hessen-Nassau, das Großherzogthum Hessen und die Provinz Brandenburg entfallen. Hierauf wurden die Herren Weller, (Darmstadt), Dahms (Hamburg) und Baum (Crefeld) mit Prüfung der Rechenschaftsablage beauftragt und sodann in die Tagesordnung eingetreten. Zuerst kam zur Verhandlung der Bericht über die obligatorische Fortbildungsschule von Professor Dr. J. B. Meyer (Bonn) und der Antrag von Pache (Zittau) und Meyer (Bonn): "Die Generalversammlung möge beschließen, die Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung erklärt die Einführung von obligatorischen Fortbildungsschulen für unbedingt nothwendig. Sie hält deshalb den sächsischen Schulgesetzesentwurf, insoweit er die Fortbildungsschule als einen unablässlichen Theil der Volkschule hinstellt, für eine

Staates. Auch hier hat die Gegenwart zum Heile des Vaterlandes an die Bestrebungen der großen Befreiungsjahre wieder angeknüpft." Redner erwähnte

bonapartistischen Cäsarenstaate gefeiert und die Ursachen der Zersetzung und des tiefen Falles der französischen Nation mit schmungsloser Rauheit bloßlegt. In drastischen Bürgen schildert Ranc namentlich den Kriegsfanatismus, der sich im Juli 1870 urplötzlich der pariser Bevölkerung bemächtigt hatte, und es dürfte diese Schilderung umso mehr Beachtung verdienen, als sie von einem Manne entworfen wird, dessen Patriotismus und Deutscherhaf von den eigenen Landsleuten — und zählten sie auch zu seinen heftigsten Gegnern — nicht beweist wird. Wir lassen darum Herrn Ranc das Wort, um ein edtes, unverfälschtes Bild von der Physiognomie, welche Paris in der letzten Hälfte des Monats Juli 1870 darbot, zu empfangen.

"Nach Berlin, nach Berlin!" haben wir oft genug gehört, den aberwitzigen Ruf, den die weinduftenden Reihen der Freiwilligen der Polizei heulten, die sich nicht auf dem Revolutionsplatz, sondern in der Jerusalemstraße (wo die Polizeipräfektur gelegen ist) anwerben ließen. An jenen wütigen Abenden konnte man sehen, wie sich der Enthusiasmus um den billigsten Preis fabrizieren läßt. Die weiten Blousen hatten wieder von dem Boulevard Besitz genommen. Es kam nichttheurer zu stehen, in Patriotismus zu machen, als eine Emeute auf den Straßen aufzuführen. Die Stutzer und die Dirnen klatschten Beifall, gerade so wie die Journalisten der unsauberen Presse. Aber nicht allein die jungen Heizpörne des Journalismus wußten sich vor Begeisterung nicht zu fassen. Ihr erhabener Herr und Meister, der große Emil de Girardin, ging Allen mit gutem Beispiel voran. Er empfahl den Soldaten, die Preußen nur mit dem Schlos vor sich herzutreiben, man bedürfe des Bajonetts nicht gegen so schwache Gegner. Er wußt nicht mehr aus der Oper, schürt die Begeisterung, spielte den Chef der Claque, wenn Mme. Saq die "Marie-Mélie" sang, und so wie die berühmte Strophe kam: „Amour sauré de la patrie“, erhob er sich, die Hand an das Herz gelegt, und setzte sich am Schluß erst mit tränenschwimmenden Auge nieder. Die Schauladen der Buchhändler waren mit kriegerischen Zeichnungen von oben bis unten besetzt. Man sah da einen Kunden, der ein ganzes Bataillon Preußen in die Flucht schlug, einen Turko, der eine Schwadron Uhlanen als Gefangene einbrachte, den Kaiser selbst, der mit ehrner Ruhe auf einem feurigen Ross mitten im Granatenhagel hielt. Dann wieder war zu sehen der galante Huszar, der einer Berlinerin, die sich nicht wenig auf diese Huldigung zugesetzt hat, nach dem Kinn griff, oder es waren badische Mädchen, welche unsern Offizieren ihren weißen Wein, von dem schon Alfred de Musset getrunken, freuden. Man verhinderte, es werde ein höchst philanthropischer Krieg geführt werden. Ambulanz-Gesellschaften stellten ihr Personal zusammen und eine internationale Kommission sollte die Fälle bestimmen, in welchen allein es gestattet sein sollte, seinem Feinde ein Explosiv-Geschoß in den Leib zu jagen. Zur Ausbeutung des Saarhohlenbunds bildete sich bereits eine Gesellschaft mit ungezählten Millionen. Schade, daß Morny nicht mehr lebte. Im Ministerium des Innern ließen sieben und sechzig Bewerber gesucht für die Präfektenstelle in Mains ein. In den Separat-Kabinetten der Restaurants trank man auf den Ruhm Frankreichs und die baldige Rückkehr der Sieger. Es sollten Lustpartien nach Meck unternommen werden, um sich die Armee anzuschauen, und die Dämmchen, welche in Baden-Baden zu weilen pflegten, erhielten topographische Auskunft über Deutschland. Die Händler verkaufen die Karten des Kriegstheaters, das sich von der Grenze bis nach Berlin erstreckte, und wenn ein Offizier nach einer Karte von Löttringen und Elsas fragte, so schaute man ihn grimmig an, und er entfernte sich beschämt darüber, ein so schlechter Franzose zu sein. Mademoiselle Schneider versprach in allen ihren Glanzrollen zu Berlin aufzutreten, sowie der Kaiser eingezogen sein würde. Die Ostbahn-Gesellschaft wurde aufgefordert, Bergbauungslage in kolossalem Maßstab einzurichten. Ganz Paris, das Paris der hohen und niederen Galanterie, Cocteau und Cocteau, Petits-Créveaux und Reporters — Alle wollten dem feierlichen Einzug unserer Truppen in Berlin bewohnen! Welche schöne „ erste Vorstellung“! Die Mütter aber weinten, und der Kaiser schlug sich die Karten."

Spanien.

Madrid, 5. Juli. Die republikanische Partei hat gestern im Athénée eine zahlreich besuchte Versammlung abgehalten, in welcher eine von Diaz Quintero beantragte Resolution an den Wahlen Theil zu nehmen, genehmigt wurde. Die „Diskussion“ versichert, daß die republikanische Partei an der bevorstehenden Wahl regen Anteil nehmen werde, ohne sich an die Beschlüsse der (extremen) Fraktion, welche die Enthaltung empfiehlt, zu lehnen. Diese letztere findet nur in Blättern, welche geradezu auf den allgemeinen Umsturz hinzuweisen, wie „Combat“ und „Cooperazion“ Unterstützung. Auf den 15. ist eine allgemeine Versammlung der republikanischen Partei einberufen worden. — Zuverlässigen Nachrichten zufolge schreibt die amtliche Zeitung, sind die Karlistenführer Carafa, Aguirre, Peralta, Irribar, Pizarro und andere in den Alcaides verhaftet und nach Vahonne interniert worden. Die Bande des Pfarrers von Guernika, der unter dem Namen „der Jesuit“ bekannt ist, die leste, welche noch in der Provinz Biskaya bestand, hat sich unterworfen; ihr Anführer hat die Flucht genommen. Die Banden von Camats und Terre, zusammen nicht mehr als 60 Mann stark, haben die Posten bei Paramba (Provinz von Lerida) angehalten und die amtliche Korrespondenz verbrannt.

Rußland und Polen.

In Kargopol ist der bekannte Slawophile Alexander Hilferding, der Präsident des Petersburger Slawenkomitees, gestorben. Derselbe war in Warschau geboren, wo sein Vater Chef der diplomatischen Kanzlei beim Fürsten Paschkiewitsch war. — Ein kaiserlicher Utaß gestattet denjenigen polnischen Familien, denen wegen mangelnder Legitimation ihre Adelsrechte entzogen sind, neue Beweisdokumente für ihren Adel beizubringen und falls dieselben nach sorgfältiger Prüfung für richtig befunden werden, ihnen den aberkannten Adel zu restituieren. Für jeden einzelnen Fall einer solchen Adelsrestituation soll jedoch die Genehmigung des Kaisers eingeholt werden.

Türkei und Donaufürstenthümer.

Die „Turquie“, die nicht ohne offiziöse Beziehungen zu der ottomanischen Regierung ist, nimmt in der schwedenden Frage der rumänischen Judenverfolgungen eifrigst Partei für die Moldau-Walachen gegen die Juden. Beachtenswerth bleiben die folgenden statistischen Angaben, die, wiewohl sie als aus amtlicher Quelle entspringend angeführt wurden, immerhin noch objektiver Prüfung bedürftig erscheinen. Im Jahre 1859 lebten, der „Turquie“ zufolge, in den beiden Donaufürstenthümern im Ganzen 67,000 Juden. Zehn Jahre später, 1869, war die Zahl derselben auf 612,000 angewachsen. Während auf je tausend Köpfe in England Ein Jude, in Frankreich vier, in Österreich 33 Juden kommen, stellt sich das Verhältnis der Juden zu der Gesamtbevölkerung in der Walachei wie 112 und in der Moldau wie 200 zu 1000.

Afrika.

Der Fürst Kassai von Tigré hat sich, wie schon mitgetheilt, am 21. zum „Kaiser Johannes, König der Könige Äthiopiens“, krönen lassen. Bald darauf war in Axum ein großes kirchliches Fest, über dessen merkwürdigen Verlauf ein Korrespondent der „Allg. Sta.“ folgendes berichtet:

„Um ein öffentliches Beispiel wahrer Frömmigkeit zu geben, begab sich Sc. Maj. der Kaiser mit großem militärischen Pomp in die Kirche, um zu seiner Seelenstärkung das heilige Abendmahl zu genießen; allein dabei trat eine Störung höchst merkwürdiger Art ein, indem der funktionierende Priester ihm nämlich folgendes sagte: „Ich darf Ihnen das Abendmahl nicht reichen, denn Sie sind unwürdig der Krone, Sie hätten den Armen Almosen geben, Ihre Schulden bezahlen und Ihre Gefangen befreien sollen; von all diesem haben Sie nichts gethan. Niemandem haben Sie eine Wohlthat erzeigt; die Fremden behandeln Sie hart und haben, wie ein Nachfolger Rains, ihre Kirche verbraunt. Dafür wird Gott Sie strafen, und bis dahin belaste ich Sie kräft der von Gott mir gegebenen Befugniß mit dem Bann, ebenso auch den koptischen Bischof, der durch Geld sich gewinnen ließ, Sie zu krönen, ohne daß Sie doch im Besitz des Landes sind, und der dadurch Unfrieden unter uns gestiftet hat. Bürnen Sie mir deshalb, weil ich in Namen Gottes spreche — was thut? Ich bin in Ihrer Hand, Sie können mir den Kopf abschlagen, aber dadurch ändern Sie nichts an der Sache, vielmehr wird dann der Bann um so mächtiger Ihr Gewissen peinigen, so zwar, daß die Angst, in die Höhle des Sarans zu fahren, Sie zu Tode quälen wird. Vermeiden Sie dies, bedenken Sie Ihr Seelenheil, bedenken Sie die Armen, bedenken Sie das Wohl Ihres Volkes, damit Gottes Segen auf Ihnen ruhe.“ Weder der verbüßte Kaiser noch die anwesenden Großen des Reiches konnten auf diese unerwartete, sehr salbungssreiche Rede ein Wort erwidern; die gesamte Gesellschaft verließ bestürzt und doch in tiefer Stille die Kirche und begab sich ins Freie, wo alsdann Sc. Kaiserliche Majestät bestärkt durch den sich Lust machenden Ingriß der kaiserlichen Waffenträger, Muth fasste und den fanatischen Priester packen und in Ketten schloß ließ. Dieser blieb einige Wochen in Gefangenschaft, wurde aber nach der von ihm erlangten Aufhebung des Banns in Gnaden entlassen, weil Sc. gütige Majestät an einem dem Herrn Gebelebten sich nicht vergreifen wollte. Dieser tragische Vorfall in der heiligsten Kirche des Reiches hatte indes das zarte Gemüth des großen Mannes so sehr betrübt, daß er Armut verließ und am 1. Februar seinen Einzug in Adoa hielt — einen Einzug, der so sonderbar war, wie nur noch das Costume des Kaisers selber. Die Majestät ritt auf einem bunt gepusteten Maulthier, neben, vor und hinter ihm wurden eine Menge kleine Färblein getragen und einige grell gefärbte Regenschirme, um das schwarze Antlitz des Gefallenen vor den Strahlen der Sonne zu schützen. Es war derselbe mit einem gelb marmorierten feinen Mantel bekleidet, der etwa wie ein priesterliches Messgewand aussah; auf dem geweihten Schädel ruhte die 20 Pfund schwere Krone, deren grauenhaftes Gewicht dem Reiter jede Bewegung des Kopfes unmöglich machte und ihn verhinderte, die Grüße der Bürger Adoa's zu erwidern, die sich vor der Stadt zu seinem Empfang versammelt hatten. Hätte der wackere Mann nur eine Ahnung, daß eine Krone auch noch in anderem Sinne drücken kann, als auf einem von der Sonne geplagten Kopfe. Diese massive Krone von Gold hat nicht die Form der älteren äthiopischen Krone, sondern die eines fußlangen Topfes, der sich nach oben hin etwas verzerrt, ist also ungefähr so geformt, wie die hohen Tscharos der französischen Infanterie zu Anfang des napoleonischen Krieges mit Russland es waren. Die oben wölblich wiedergegebene kraftvolle Erkommunikationsrede hat bei der Bevölkerung keine sehr große Verwunderung erregt, weil sie nach der öffentlichen Meinung nicht ganz grundlos war, und solche fanatische Auswüchse in diesem mit unwissenden Mönchen überfüllten Lande nicht zu den bevorstehenden Sittenfehlern gehören. Die Zahl der Priester und Mönche geht ins Unglaubliche, und unter Tausenden von ihnen findet sich kaum ein etwas unterrichteter Mann. Eben weil diese Menschenklasse in Aberglauben und Unthätigkeit vegetiert und ohne geistige oder körperliche Müh Unterhalt findet, ist sie bei ihrer Massenhaftigkeit und bei ihrer ausnehmenden Unwissenheit höchst gefährlich, indem sie ihre Verderbtheit auf das Volk überträgt.“

Lokales und Provinzielles.

Posen, 11. Juli.

Oberschlesien ist unausgesetzt das Ziel der propagandistischen Bestrebungen der polnischen Nationalpartei. Von welchem Oberschlesischen Zentralpunkte aus und in welcher Weise für diese Bestrebungen gewirkt wird, dafür gibt einen beachtenswerten Fingerzeig eine vor etwa 14 Tagen an den Vorstand des hiesigen polnischen Volksbildungverein gerichtete Petition. Sie ist in einem hiesigen polnischen Blatte veröffentlicht und lautet:

Glaubensbrüder aus dem Großherzogthum Posen! Wir Oberschlesische Polen, Söhne derselben Mutter, strecken die Hände aus nach Euch: erbarmt Euch unsrer, denn Niemand ist so vergessen wie wir. Seit länger als 400 Jahren in fortwährendem Kampfe mit dem uns feindlichen deutschen Element, fern gehalten von allen Aemtern und verschlossen, haben wir andererseits Mangel an intelligenten Männern polnischer Nationalität und entbehren gänzlich populärer polnischer Geschichtsbücher, welche geeignet sind, den Nationalgeist zu wecken. Um uns solche Bücher zu verschaffen, müssen wir uns an Euch oder nach Krakau wenden, was uns große Kosten verursacht; denn unsere hiesigen Buchhandlungen beschränken sich ausschließlich auf den Vertrieb von Gebetbüchern, und wenn sie andere Bücher halten, so sind es nur solche, durch welche das polnische Nationalgefühl keine Anregung erhält. Deshalb ist es kein Wunder, daß unser Volk scheinbar das Nationalbewußtsein verloren hat; aber es ist das, wie gesagt, nur scheinbar und nicht im Herzensgrunde. Das polnische Nationalbewußtsein regt sich in uns, wenn es auch durch das von allen Seiten gegen uns andrängende Germanenthum stark abgestumpft ist. Aber reicht uns nur, Brüder, Eure helfende Hand, und Ihr werdet fühlen den wahren Pulschlag des polnischen Herzens, denn sonst müssen wir der Übermacht weichen. Darum rettet uns, besonders Ihr, die Ihr die Führer des polnischen Volkes seid, damit wir in Schlesien nicht dasselbe Schicksal erleiden, dem die früheren Bewohner Pommerens (?) erlegen sind, wovor Gott uns bewahren möge. Gelobt sei Jesus Christus!

Dies Schriftstück ist aus dem bekannten Oberschlesischen Wallfahrtsort Deutsch-Piekau (im Kreise Brüthen) datirt und trägt die Namensunterschrift Gornit.

Die in No. 310 der Posener Zeitung enthaltene Mitteilung über die polnische Agitation aus Anlaß der in Posen zu gründenden bäuerlichen Kreditbank hat den „Dziennik poznań“ sehr unangenehm berührt und er sucht den Eindruck derselben dadurch abzuschwächen, daß er sie, soweit sie die Agitation für die polnische Sprache und gegen die polnischen Bauern offen stehenden deutschen Kreditquellen betrifft, für unwahr erklärt. Wir fühlen uns daher aufgefordert, im Interesse der Wahrheit die Beweise für unsere Behauptungen zu liefern. In der am 12. Mai in dem Dorfe Wiry abgehaltenen Bauernversammlung ermahnte Herr Danielewski, nach dem Berichte des „Dzienn. poznań“, die Anwesenden zur Einigkeit, Arbeit und zum treuen Festhalten an der polnischen Muttersprache und Nationalität. Er ging dann zur Bauernbank und zum Volksbildungverein über und legte die Bedeutung, den Zweck und die Aufgabe der ersten wie des zweiten in belehrender Weise dar. Er schloß mit einer herzlichen Ansprache an die Versammlung, in der sich auch mehrere polnische Männer befanden, die er insbesondere ermahnte, ihre Kinder nach polnischer Sprache in der Liebe zum Glauben und zur Muttersprache zu erziehen. Während der ganzen Rede — heißt es in dem Bericht weiter — herrschte in der Versammlung eine feierliche Stille und auf den Gesichtern der Anwesenden sah man die gutgemeinte Aufmerksamkeit, die auf jedes Wort gerichtet war. Die herrschende Stille wurde nur von Zeit zu Zeit unterbrochen durch Ausrufe, wie „Sehr wahr!“ „Sehr gut!“ u. s. w. Die Anrede machte einen tiefen Eindruck auf

die Anwesenden und viele traten sofort dem Volksbildungverein als Mitglieder bei und über die Bauernbank entspann sich eine lebhafte Diskussion. — In der am 23. Juni in Gorczyce abgehaltenen Bauernversammlung sprach nach dem Berichte des „Dziennik poznań“ der Rechtsanwalt Lewandowski aus Posen ausführlich über die Meininger Bank, von der so viele Bauern Darlehen entnehmen und warnte vor ihr, weil sie zu jeder Zeit das Kapital kündigen könne und weil man, wenn man das gelehrte Kapital abzahlt will, sehr viel verlieren müsse. Einer der Anwesenden regte schließlich die Frage an, was von dem Kredit zu halten sei, den die Landräthe gewähren. Im Schrimmer Kreise, behauptete der Redner, gebe der Landrat den bäuerlichen Wirthen Geld zu sehr niedrigen Zinsen. Darauf erwiderten Andere, es sei kein Grund vorhanden, derartige Darlehen nicht anzunehmen, aber man müsse darauf achten, daß man sich vom Landrat nicht abhängig mache. Er könnte bei den Wahlen verlangen, daß man die Stimme für den Regierungs-Kandidaten abgibt; wozu sich er durch solche Dinge beschränken lassen, wenn man Geld ohne Beschränkung seines Willens aus der Bauernbank wird erhalten können. Die selbe Ansicht wurde auch in Bezug auf die Darlehen, welche die Regierung den Bauern gewährt, geltend gemacht.

Bur Charakteristik des als Direktor an das hiesige Friedrich-Wilhelm-Gymnasium berufenen Professor Dr. Schwarzb lese wir in einer Neu-Ruppiner Korrespondenz der „Kreuzzeitung“ vom 9. Juli:

Derselbe hat sich während seiner achtjährigen Wirksamkeit so verdient um das Neu-Ruppiner Gymnasium erworben, daß sein Abgang daselbst von vielen Seiten auf das Lebhafteste bedauert wird. Die Schülerzahl der Anstalt hat sich unter seiner Leitung um 100 vermehrt. Er besitzt neben einer tüchtigen wissenschaftlichen Durchbildung große organisatorische Talente, besonders aber ein warmes Herz für die Jugend, in welche er den Samen patriotischer Gesinnung zu pflanzen bemüht ist. Die konservative Partei des Ruppiner Kreises verläßt in ihm eine ihrer Hauptstützen. So sehr aber auch sein Scheiden von hier bestellt wird, so glauben wir doch, daß die Wahl der Behörden, welche ihm den wichtigen Posten als Direktor des Friedrich-Wilhelm-Gymnasiums zu Posen anvertraut haben, eine glückliche genannt werden müsse; denn es bedarf gerade jetzt für die Leitung der höheren Unterrichtsanstalten in jener Provinz solcher Männer, welche den Ernst und die Gründlichkeit deutscher Wissenschaft zugleich mit wahrhaft preußischer Gesinnung vereinen.

Es sind wird dem „B. A. und Fremdenbl.“ geschrieben, in den letzten Tagen schmerzliche Unglücksfälle von Bahnhöfen gemeldet. Referent ist täglich auf Bahnhöfen thätig und hat oft genug Gelegenheit, zu bemerken, mit welcher beispiellosen Unvorsichtigkeit Personen und namentlich Damen sich noch an den abgehenden Zug heranwagen, selbst noch neben den in der Fahrt befindlichen Wagen einherlaufen. Ganze Familiengruppen drängen sich, nachdem der letzte Pfeß ertönt ist, an die Wagons, um dem Scheiden noch einmal die Hand zu drücken. Es ist dies eine falsche Sentimentalität und geradezu rücklos, da ein Ergriffen der Damenkleider durch die Thürgriffe, ein Fehltritt vom Perron, nur zu leicht möglich ist. Sobald das letzte Absatzzeichen gegeben, sollte das Publikum selbst darauf achten, daß eine Annäherung an die Coupees nicht mehr stattfinde. Man denke sich nur das Gefühl eines Abreisenden, der in der Abfahrt Zeuge eines so gräßlichen Unglücks eines seiner Familienmitglieder ist.

Der Provinzial-Lehrerverein, dessen Gründung vor etwa einem halben Jahre angeregt worden ist, zählt gegenwärtig ca. 200 Mitglieder, ein allerdings noch nicht sehr glänzende Mehrzahl, indem sich bei der weiteren Entwicklung des Vereins Schwierigkeiten herausgestellt haben, an welche man anfänglich nicht gedacht hatte. Die Hauptursache, weshwegen der Verein noch nicht in dem Maße am Umschlag gewonnen, wie dies wohl dringend wünschenswert wäre, liegt in der eigenen Apathie der Lehrer, von denen sehr viele es noch immer nicht begreifen wollen, daß nicht durch Klagen und Jammer, sondern nur durch ein rasches Welterstreben, durch einen anhaltenden Kampf für ihren Stand und die Schule ihre Lage verbessert werden kann; und diesen Kampf ums Dasein einheitlich zu führen, ist ja eben die Aufgabe des Provinzial-Lehrervereins. Wenn aber selbst in größeren Provinzialstädten, wie z. B. in Rawicz, die Apathie eine so große ist, daß dort kein Lehrerverein zu Stande gebracht werden kann, und wenn ebenso andere, nicht unbedeutende Städte in der Provinz die zugehörige Bildung von Lehrervereinen übermäßig lange hinauszögern, was kann man da von den kleineren Städten verlangen? Diese Apathie schadet dem Gedanken des Provinzial-Lehrervereins mehr, als selbst alle polnisch-klerikalen Anseindungen. Da nun bei der bisherigen Unserigkeit des Provinzialvereins bis jetzt keine bestimmten Vorschläge gemacht werden konnten, so haben manche Lehrervereine den Provinzial-Vorstand zum Anschluß an den deutschen oder preußischen Lehrerverein drängen, oder sich sogar auf eigene Hand denselben angeschlossen. Doch sind auch diese Vereine noch nicht fertig, und dürfte es erst die Aufgabe der nächsten Zeit sein, durch Befreiung der ungünstigen Spaltung zwischen dem deutschen und dem preußischen Lehrervereine ein Hand in Hand gehen beider Vereine vorzubereiten. Zu diesem Belebte hat der gleichstiftende Ausschuß für die 21. allgemeine deutsche Lehrerversammlung, bestehend aus den Herren Dr. Schulz-Ohrdruf, Th. Hoffmann-Hamburg, und A. Berthold-Dresden auf den 30. und 31. Juli nach Leipzig eine Versammlung 1) der Mitglieder des Ausschusses für die 21. allgemeine deutsche Lehrerversammlung, 2) des Zentralvorstandes des im Dezember v. J. in Berlin gegründeten deutschen Lehrervereins, 3) der Vorstandsmitglieder sämtlicher Landes-, Provinzial- und größeren städtischen Lehrervereine, resp. deren Delegirten, anberaumt. Voraussichtlich wird es gelingen, in dieser Konferenz eine Ausgleichung zwischen dem gut angelegten deutschen und dem später entstandenen preußischen Lehrerverein herbeizuführen. Erst dann werden sich die Provinzialvereine über den Anschluß an die größere Vereinigung entscheiden können. Um aber auch für unsere Provinz ein engeres Zusammenschließen der Lehrervereine zu Stande zu bringen, soll im Herbst d. J. eine Generalversammlung des Gesamtverbands berufen werden, auf der gleichzeitig die wichtigsten Zeitschriften, das Unterrichtsgesetz, die Schulaufsicht, die Sprachenfrage u. c. erörtert werden sollen. Diese Zeitschriften werden von hier aus den Zweigvereinen zeitig genau zugehen, so daß sie sich noch vor der Generalversammlung über dieselben äußern können. Der provisorische Vorstand des Provinzialvereins wird alsdann die geeigneten Referenten für die Versammlung mit dem erforderlichen Material befreit der Berichterstattung versorgen. Hoffentlich wird es bis dahin auch in denjenigen Städten, wo noch keine Lehrervereine existieren, gelingen, unter Heranziehung der Lehrer in dem Kreise Vereine zu gründen.

Die allgemeine Unfall-Versicherungsbank in Leipzig, welche neulich im Inseratenheile der Posener Zeitung (S. Nr. 312) ihre Geschäfts-Uebersicht per 1. Juli 1872 veröffentlicht, hat auch in unserer Provinz bereits viele Versicherungen entgegenommen, und besteht in unserer Stadt zu diesem Behufe eine General-Agentur für die Provinz Posen (Moritz Eichhorn & Co.). Um nun das Interesse für dieses wichtige Institut noch mehr zu erwecken, wird der Direktor der Bank, Herr Kleeb erg, Ende dieses oder Anfang des nächsten Monats hierher kommen, und einige Vorträge über das Unfall-Versicherungswesen halten. Die Bank eröffnete ihren Geschäftsbetrieb am 3. Juli v. J. und find bis jetzt 125,788 Personen in 1679 Etablissements versichert. Sie hat für 283 Unfälle die Summe von 24,000 Thlr. ausgeschüttet und bereits einen Reservefonds von 40,000 Thlr. angesammelt. Schr. unerheblich waren im Vergleich hierzu die Beiträge, welche die Versicherten zu leisten hatten; sie betragen für das erste Halbjahr in den verschiedenen Gefahrenklassen 2 Groschen 7,

(Fortsetzung in der Beilage.)

Pfennige bis 4 Groschen 3^o Pfennige pro Arbeiter und stellen sich nach einer vorläufigen Berechnung für das zweite Halbjahr (bis Ende Juni d. J.) auf 3 bis 17 Groschen. Die Industriellen, denen das Haftpflichtgesetz vom 1. Juli 1871 schwere Verpflichtungen auferlegt, ersehen aus den angeführten Ziffern, mit welchen geringen Opfern sie sich im Wege der Assoziation gegen die bedrohlichen Folgen jenes Gesetzes schützen können. Die Leipziger Bank wird überdies noch einen Schritt weiter gehen, und binnen kurzem Einrichtungen treffen, daß die Industriellen ihr Personal auch gegen alle solche Unfälle versichern können, welche außerhalb der gesetzlichen Haft liegen, sowie endlich auch gegen die Invalidität der Arbeiter in Folge innerer Krankheit oder Altersschwäche.

— Die Regulirung des Einquartierungswesens nach Maßgabe des Bundesgesetzes vom 25. Juni 1869, betreffend die Quartierleistung für die bewaffnete Macht während des Friedenszustandes, ist bis jetzt in unserer Stadt noch immer nicht erfolgt, obgleich eine aus Mitgliedern des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung bestehende gemischte Kommission bereits vor längerer Zeit in Beratung über diese wichtige Angelegenheit getreten war. Beide städtische Behörden haben sich dabei über folgende Vorfragen zu verständigen: Nach § 4 des Gesetzes wird die Bezeichnung der Quartierleistungen verlangt, und werden dazu alle benutzbaren Baulichkeiten in Anspruch genommen, soweit dadurch die Quartiergeber in der Benutzung der für seine Wohnungs-, Wirtschafts- und Gewerbebetriebs-Bedürfnisse unentbehrlichen Räumlichkeiten nicht behindert wird. Nach § 5 erfolgt die örtliche Vertheilung der Quartierleistung auf den Gemeindebezirk i. m. Ganzen, die weitere Unterverteilung aber geschieht durch den Gemeinde-Vorstand, resp. die Einquartierung & Depots, welche für die gehörige und rechtzeitige Erfüllung der Quartierleistungen zu sorgen hat. Es entsteht dabei die Frage, ob die Quartierleistung von dem Inhaber der ganzen Gebäude, resp. dem Hausseigentümer oder von dem Inhaber der einzelnen Theile desselben, resp. dem Miether, gefordert werden soll, und ob bei Beurtheilung der Unentbehrlichkeit von Räumen die Verhältnisse des Eigentümers oder die des Miethers in Betracht zu ziehen sind. Nach § 6 des Gesetzes sollen Kataster angelegt werden, welche den Umfang, in welchem die Quartierleistungen gefordert werden können, die Leistungsfähigkeit der benutzbaren Gebäude und die verhältnismäßige Leistungspflicht der Einzelnen gegen einander bestimmen. Hier fragt es sich, ob solche alljährlich aufzustellenden Kataster angelegt, oder, was das Gesetz zuläßt, davon Abstand genommen werden soll. Die Grundsätze, nach welchen die Vertheilung der Quartierleistungen erfolgen soll, werden gemäß § 7 des Gesetzes durch Gemeindebeschluss oder durch ein Ortsstatut bestimmt. Dabei fragt es sich, ob die Quartiergeber durch Gemeindeaufsätze entshädigt werden sollen, oder eine sonstige Geldausgleichung festzusezen sei, oder ob und in welchen Fällen die Einquartierungen in gemieteten Quartieren unterzubringen sind, und in welcher Weise die dadurch entstehenden Kosten aufgebracht werden sollen, oder ob die Truppen den Hausbesitzern in natura zu überweisen, und diesen nach § 10 zu überlassen seien, ihre Verbindlichkeit durch Gestellung anderweitiger Quartiere zu erfüllen. Auch darüber wird Entscheidung zu treffen sein, ob gemäß § 9 des Gesetzes sich für die hiesige Stadt mit Rücksicht auf die lokale Beschränkung derselben die Bildung besonderer Quartierbezirke empfiehlt. Nach den bis jetzt eingezogenen Erkundigungen ist bereits fast in allen größeren Städten das Einquartierungswesen durch Ortsstatuten regulirt, und erfolgt die Vertheilung der Quartierlast durch die Einquartierungs-Deputation, während am hiesigen Orte sich das Servicamt dieser Arbeit unterzieht, und von den Hausbesitzern allein die ganze Last als Naturalquartier getragen wird. Da bis jetzt hier noch ein Ortsstatut zur Regulirung des Einquartierungswesens mangelt, so hat eines der Mitglieder des Magistratskollegiums sich der Ausarbeitung eines solchen unterzogen, und dürfte dadurch diese wichtige Angelegenheit um einen bedeutenden Schritt weiter gediehen sein.

— **Bitterung.** Während gestern Nachmittags dunkles Gewölk über unsere Stadt aufzog, und fast andauernder Donner zu hören war, ohne daß es jedoch zum Gewitterregen gekommen wäre, hat es dagegen, wie uns mitgetheilt wird, zwischen Bnin und Kurnik (ca. 3 Meilen südöstlich von hier) außerordentlich stark geregnet; gleichzeitig wehte dort ein so heftiger Sturm, daß viele der stärksten Bäume an der Chaussee entwurzelt wurden. Auch auf der Strecke zwischen Gnesen und Posen hat es sehr stark geregnet.

— Die Tollwuth der Hunde kommt in diesem Jahre, wie aus verschiedenen Gegenden übereinstimmend gemeldet wird, außerordentlich häufig vor, so daß die Beobachtung der in dieser Hinsicht gebotenen Vorsichtsmäßigkeiten dem Publikum aufs Angelegenstlichste anzuempfehlen ist. Es sind in den letzten Tagen auch in Berlin mehrere Fälle von plötzlicher Tollwuth konstatirt worden; u. A. wurde am Sonntag ein kleines Mädchen in der Kurfürstenstraße von einem Hund gebissen, der als verdächtig sofort nach der Thierarzneischule geschafft und dort als toll erkannt wurde.

— In der Militär-Schwimmanstalt wurden am Mittwoch sehr gelungene Versuche mit einem vom hiesigen Korkfabrikanten Hrn. Petersdorff konstruierten Rettungsgürtel gemacht. Derselbe war im Stande, einen vollkommen ausgewaschenen, ca. 150 Pfund schweren Mann über Wasser zu erhalten. Ein derartiger Rettungsgürtel befand sich bekanntlich auch auf der landwirtschaftlich-gewerblichen Ausstellung d. J. und wurde Hr. Petersdorff für diese, sowie für andere tüchtige Leistungen in seinem Fach mit der silbernen Medaille prämiert.

— **Fraustadt,** 9. Juli. [Konzert. Jubiläum.] Die Kapelle des 58. Inf.-Reg. aus Glogau veranstaltete in voriger Woche, bei dienstlichem Verbleib in hiesiger Garnison, 3 Konzerte, von denen leider das erste und zweite in hiesiger Wetter bestanden. Das letzte, Sonnabends im Kolbischen Garten des schönen Wetters, erfreute. — Die Schützengilde feierte die 50-jährige Mitgliedschaft des Schuhm. Herzog durch ein Diner im Schützenhaus. Ebenso feierten sämtliche Beamte der Niederländischen Güter im Thielischen Hotel gleichzeitig ein 50- und 25-jähriges Dienstjubiläum zweier Kollegen durch Diner und Ball.

— **Grätz,** 9. Juli. [Städtische Sparkasse. Höhere Töchter-Schule. Ernte. Bauten.] Der Stand der hiesigen Städtischen Sparkasse war am 4. Juli c. folgender. Passiva: Einlagen 7071 Thlr. 20 Sgr. 1 Pf. Binsenguthaben der Sparer 205 Lbl. 13 Sgr. 11 Pf. Reservefonds 215 Thlr. 8 Sgr. 11 Pf. Summa 7492 Thlr. 12 Sgr. 11 Pf. Aktiva: Wechsel und Hypotheken-Forderungen 2018 Thlr. Baar 430 Thlr. 5 Sgr. 5 Pf. Verwaltungskosten-Zuschüsse 44 Thlr. 7 Sgr. 6 Pf. Summa wie vor 7492 Thlr. 12 Sgr. 11 Pf. Im Monate Juni c. sind neue Einlagen in Höhe von 623 Thlr. 22 Sgr. 6 Pf. hinzugegetreten. In Bezug auf den statutenmäßigen Geschäftsgang der Verwaltung bei Gelegenheit der Ausleihung von Darlehen wird allgemein darüber geklagt, daß hierbei immer ein verhältnismäßig zu großer Zeitraum verstreicht, bevor die Darlehnsnachflüsse in den Besitz der Darlehen gelangen, und daß daraus sowohl für die Kasse ein Zinsverlust, als auch für die Darlehnsnehmer, die häufig schnell Geld gebrauchen, und darauf wochenlang warten müssen, manche Nachtheile entstehen. Wenn gleich auch

der statutenmäßige Geschäftsgang bezüglich der Prüfung der Darlehnsanträge, die Genehmigung derselben und die endliche Auszahlung des falligen Darlehen einige Zeit erfordert, so sollten Städtische Behörden derartige Errichtungen getroffen werden, daß eine schnellere Erledigung solcher Anträge und zwar höchstens in 4–5 Tagen erfolge. — Dem Mansionar Dr. Kasiski, dem Schul-Inspektor über die katholischen Schüler in der Parochie Grätz ist nunmehr auch die Inspektion über die hiesige Privat-Töchterchule der Fräulein von Chmielenska übertragen worden. — Die Heu-Ernte ist zu Ende und im Allgemeinen der Ertrag in zufriedenstellender. Die Rogen-Ernte ist in vollem Gange. — Die Seiten des Besitzers des Grundstücks Nr. 336 auf der hiesigen Brüderstraße wegen des ihm plötzlich unterlagen Weiterbaues erhobene Beschwerde ist von dem Landrat Baron v. Richthofen aus Neutomysl, dem sie zur restornäßigen Entscheidung zugegangen war, als unbegründet zurückgewiesen worden, da der begonnene Bau als ein Leubau zu betrachten, und bei dergleichen Bauten nach § 16 der baupolizelichen Vorordnungen über die Fluchtlinie hinausgehende Gebäude in le Fluchtlinie der Straße zurückgerückt werden müssen. Diese Entscheidung ist von um so größerer Bedeutung, als in derselben Straße ein zweiter Grundstücksbesitzer einen ähnlichen Umbau beabsichtigt, und hierbei seine über die Fluchtlinie hinausgehende Baulichkeiten ebenfalls nicht in die Fluchtlinie zurückzurücken Willens ist. Er ist mit diesem Bau-Antrage aus denselben gesetzlichen Bestimmungen durch die Polizeiverwaltung zurückgewiesen worden.

— **Kurnik,** 9. Juli. [Verbrüderstraße. Postlokal. Vereine.] An der im Bau befindlichen Ebuisse, welche uns mit Schröda direkt verbunden, wird rüttig gearbeitet und soll dieselbe noch vor dem Winter fahrbar werden. Man verspricht von dieser Straße hier sehr viel, da sämtlicher Fuhrverkehr von Ostrowo, Pleschen, Schröda etc. statt über Kostrzyn den näheren Weg nach Posen über unser Städtchen nehmen wird. — Vom 1. Oktober c. ab wird das hiesige Postlokal vom Ende der Stadt nach dem Innern derselben verlegt. Diese Maßregel war endlich an der Zeit, um jetzt auch die Telegraphenstation mit der Postanstalt vereinigt ist. Seit längerer Zeit schon besteht hier ein polnischer Verein von Landwirten, mit dem auch eine Spar- und Kreditkasse verbunden ist. Vergleich dieser Verein auch Erfreuliches für die Landwirtschaft geleistet bat, so war er doch für die deutschen Ackerwirthe von seineslei Nutzen, weil er seinen nationalen Charakter stets streng behauptet. Um nun einem schon längst gefühlten Bedürfnisse abuhelfen, ha sich unter dem Vorsitz der Herren Rittergutsbesitzer Graumann als Konink und Krause in Grödla ein deutscher Verein von Landwirten gebildet, welcher die Förderung der kleineren Besitzer zum Zweck hat.

— **Czarnikau,** 10. Juli. [Lehrer im Dienste des Baltischen Lloyd.] Von befreundeter Hand erhalte ich folgende an einen Landlehrer in unserer Nachbarschaft adressirte und von dem Herrn General-Passage-Agenten des Baltischen Lloyd in Stettin ausgängige Zuschrift:

Indem ich mir erlaube, Ihnen beifolgend ein Plakat des Baltischen Lloyd, Stettin-Amerikanische Aktien-Gesellschaft in Stettin zu übersenden, erlaube ich mir das ganz ergebene Erfuchen an Sie zu stellen, Einwohner ihres Orts, die gewillt sind nach Amerika zu reisen, gefällig an meine Adresse verweisen zu wollen, da ich die Ehre habe, General-Passage-Agent genannter Gesellschaft zu sein. Ihre Bemühungen nebst entstandenen Kosten bin ich sehr gerne bereit zu honoriren. Mich Ihnen bestens empfehlend zeichne hochachtungsvoll N. v. Janusziewicz, Volkwerk 33.

Angeleßt dieser Zuschrift drängt sich uns die Frage auf: weshalb haben denn gerade die Lehrer meistenteils das Vergnügen, mit derartigen Schreibereien beehrt zu werden; weshalb werden nicht die Sachen der Einfachheit wegen an die Ortschulen adressirt? Man sollte grauen, was genau die letzteren eher wissen, wennemand aus ihrem Dorfe nach Amerika auszuvandern gewillt ist, als die Lehrer und, daß, wenn es nur einfach darauf ankommt, den Auswanderungslustigen an die Adresse eines General-Agenten, also in diesem Falle, an die des Herrn v. Janusziewicz zu weisen, dies der Schulze ebenso gut thun kann, als der Lehrer. Wie sollen ferner Kosten und Bemühungen, die bereitwillig honoriert werden, einem Lehrer erwachsen, der da einen Europäer an den General-Passage-Agenten v. Janusziewicz verweist? Sezen wir, um kurz zu sein, für „verweisen“, „anwerben“, so haben wir es in unserem Falle mit einer Aufforderung zu thun, die Seitens des Vertreters des Baltischen Lloyd an die Lehrer gerichtet ist: für in Aussicht gestellten Lohn, Auswanderer anzubieten und sie obiger Gesellschaft zu zuführen. Es wäre wahrhaft an der Zeit daß die Lehrer derartige Zuschriften erst gar nicht annehmen, damit die Auswanderungsgesellschaften einsehen lernten, daß der Lehrer trotz seines dürfstigen Eintommens zu stolz ist, um sich zum Anwerben von Auswanderern gebrauchen zu lassen.

Staats- und Volkswirtschaft.

— **Reichsgoldmünze.** Nach der letzten Notiz über die Ausprägung der Reichsgoldmünzen waren bis zum 22. Juni d. J. in den Münzstätten des Deutschen Reiches in Zwanzigmarkstück 184,676,620 Mark und in Zehnmarkstücken 1,586,740 Mark ausgeprägt worden. In der Woche vom 23. bis 29. Juni d. J. sind ferner geprägt: in Zwanzigmarkstück in Berlin 3,024,500 Mark, in Hannover 987,180 Mark, in Frankfurt a. M. 1,199,540 Mark, in München 622,200 Mark, in Stuttgart 562,680 Mark, in Karlsruhe 270,000 Mark und in Darmstadt 400,000 Mark, ferner in Zehnmarkstücken in Berlin 1,223,870 Mark.

— **Der Gedanke an eine einheitliche Verwaltung der Staatsseisenbahnen** tritt, nachdem das Reich eine einheitliche Post geschaffen, immer mehr in den Vordergrund. Man begegnet auf jedem Gebiete einer Menge von Ungleichheiten, namentlich in Bezug auf die materielle Lage der Beamten. Im Großherzogthum Baden genießen die Beamten weit höhere Gehälter als im Großherzogthum Hessen, und es sind auf diese Weise die Beamten ein und derselben Bahn (Main-Neckarbahn), obgleich sie alle die gleichen Dienste leisten, materiell in zwei ganz ungleiche Hälfte getheilt. In Verbindung mit diesen Missständen scheint das bisher noch etwas mystische — Gerücht zu bringen zu sein, welches seit einigen Tagen bezüglich des Verkaufs der badischen Staatsseisenbahnen aufgetaucht ist. Es wäre nicht aufzufallen, wenn Baden auch auf diesem Gebiete wiederum die Initiative ergriffen zu einem engeren Anschluß an das Reich, der im Interesse einer allgemeinen Entwicklung des Verkehrswesens von der allergrößten Bedeutung sein müßte.

Vermissches.

* **Wien,** 4. Juli. „Sie in Berlin sind also noch immer entschlossen, nicht nach Canossa zu gehen?“ fragte den deutschen Botschafter ein durch seine caustischen Einfälle bekanntes Reichsratsmitglied. „Ich meine, ja“, entgegnete General Schweinitz lächelnd. „Schade“ — replizierte der Fragesteller — „Sie hätten sonst mit einem sehr liebenswürdigen und des Weges fundigen Gesellschafter, mit unserm Kultus-Minister, Herrn v. Stremayr, zusammen reisen können.“

* **In Paris** ist eine neue Heil- oder Kurmethode aufgefunden, die sich bald auch in andere Städte und Länder verbreiten wird. Jeden Morgen kommen zahlreiche männliche und weibliche Kranken, die an Abzehrungskrankheiten leiden, zu Fuß und zu Wagen in die Schlachthäuser, um das warme Blut der frisch getöteten Thiere zu trinken. Es sind namentlich an Blutarmut leidende Frauenzimmer, die das noch rauchende Blut hinunterzutzen. Der Sudorax ist so beträchtlich geworden, daß die Schlachthausverwaltung ein besonderes Reglement für ihre Kurgäste hat aufstellen müssen.

* **Der griechische König.** Man schreibt einem belgischen Blatte aus Athen: König Georg I. scheint seit einem Jahre von seinem Amt sehr gelangweilt und hat für seine Umgebung, selbst für seine Vertrauten nur harte Worte. Er duldet nicht, daß man mit ihm von Politik spricht, und um eine Unterschrift zu erlangen, muß oft ein Minister dem König bis in die Ställe nachgehen und kann sich glücklich schäsen, wenn Se. Majestät unterschreibt, ohne ihn mit wenig parlamentarischen Ausdrücken abzulämmeln. Er ist so sehr ökonomisch geworden, daß er selbst die Küchenausgaben kontrolliert, und er geht dabei auf eine fast lächerliche Weise in das Detail ein. Neulich ging er die Küchenräume ab und geriet in makellosen Zorn, weil er den Salzverbrauch übermäßig fand. „Ich bin nur von Dieben umgeben!“ rief er. Das mag sich recht gut für einen Familienvater schicken, dessen Nachkommen zahlreich zu werden droht; König Georg aber ist nicht in dieser peinlichen Lage und lebt, ohne gerade übermäßig reich zu sein, doch wieder nicht in Roth und Elend. Es ist bekannt, daß er von seiner Ziviliste Ersparnisse macht, und außerdem sind ihm, falls er aufhören, König zu sein, von den Mächten jährlich 300,000 Franks garantiert. Es begreift sich, daß er sich damit nicht die Sympathie der Griechen gewinnt, vielmehr nimmt die Abneigung gegen ihn tagtäglich zu.

Verantwortlicher Redakteur Dr. jur. Wasner in Posen.
In Vertretung: W. Goldbaum.

Dankeschriften über Heilerfolg.

An den Kgl. Hoflieferanten Hrn. Johann Hoff in Berlin.

Dreilässom bei Bittenberg. Ich bemerkte hierbei, daß Ihr Malzextrakt-Gesundheitsbier meine Frau sehr gestärkt hat, und bezüglich der Heilfähigkeit mehr leistete, als je ein anderes Mittel in dieser Hinsicht zu leisten im Stande war. Hunziger, Pastor.

Verkaufsstellen in Posen: General-Depot u. Haupt-Niederlage bei Gebr. Plessner, Markt 91; Frenzel & Co., Breslauerstraße 38 und Wilhelmplatz 6; in Neutomysl Hr. A. Hoffbauer; in Bentzchen Hr. H. Mansard; A. Jaeger, Konditor in Grätz; in Schrimm die Hrn. Cassriel & Co.; in Schröda Hr. Fischel Baum; in Wongrowitz Hr. Herrm. Ziegel; in Pleschen: L. Zboralec.

Allen Kranken Kraft und Gesundheit ohne Medicin und ohne Kosten.

Revalescière Du Barry von London.

Keine Krankheit vermag der delikaten Revalescière du Barry zu widerstehen und besiegt dieselbe ohne Medicin und ohne Kosten alle Magen-, Nerven-, Brust-, Lungen-, Leber-, Drüsen-, Schleimhaut-, Harn-, Blasen- und Mierenleiden, Tuberkulose, Schwindsucht, Asthma, Husten, Unverdaulichkeit, Verstopfung, Diarrhöen, Schlaflosigkeit, Schwäche, Hämorrhoiden, Wassersucht, Fieber, Schwindel, Blutaufsteigen, Ohrenbräuse, Nebelheit und Erbrechen selbst während der Schwangerschaft, Diabetes, Melancholie, Abmagerung, Rheumatismus-Gicht, Bleisucht. — Auszug aus 72,000 Certifikaten, die aller Medicin widerstanden:

Certificat Nr. 57.942.

Glaishach, 14. Juli 1867.

Ihrer Revalescière habe ich nächst Gott in meinen furchtbaren Magen- und Nervenkrankheiten das Leben zu verdanken.

Johann Godez, Provisor der Pfarre Glaishach,

Post Unterbergen bei Klagenfurt.

Certificat Nr. 62.914.

Westau, 14. September 1868.

Da ich jahrelang für chronische Hämorrhoidalleiden Leberkrankheit und Verstopfung alle möglichen ärztlichen Hilfe ohne Erfolg angewendet, so nahm ich in Verzweiflung meine Zuflucht zu Ihrer Revalescière. Ich kann dem lieben Gott und Ihnen nicht genug danken für diese kostliche Gabe der Natur, die für mich die unverhoffte Wohltat gewesen ist.

Franz Steinmann.

Nahrhafter als Fleisch, erspart die Revalescière bei Erwachsenen und Kindern 50 Mal ihren Preis in Arzneien.

In Blechbüchsen von 1/2 Pfund 18 Sgr., 1 Pfund 1 Thlr. 5 Sgr., 2 Pfund 1 Thlr. 27 Sgr., 5 Pfund 4 Thlr. 20 Pfund 9 Thlr. 15 Sgr., 24 Pfund 18 Thlr. — Revalescière Chocolaté in Pulver und Tabletten für 12 Tassen 18 Sgr., 24 Tassen 1 Thlr. 5 Sgr., 48 Tassen 1 Thlr. 27 Sgr. — Zu beziehen durch Barry du Barry & Co. in Berlin, 178 Friedrichstraße; in Posen: Rothe Apotheke A. Pfuhl, Neustädter Apotheke zum Westulap G. Brandenburg-Krug & Fabrics, J. F. Bromm, Jakob Schleifer Söhne, in Polnisch-Lissa bei S. A. Scholz, in Bromberg bei S. Hirschberg, Firma: J. Schottländer, in Graudenz bei F. Engel, Apotheker in Breslau bei S. G. Schwarz, und nach allen Gegenden gegen Postanweisung.

Za Folge der Anstossung einer neuen größeren Regel ist eine kleine noch brauchbare Regel sofort billig zu verkaufen. Adressen zu erfahren in der Expedition der Posener Zeitung.

Himbeer-Saft

aus den feinsten Garten-Himbeeren hergestellt, empfohlen in 1/2, 1/4 u. 1/2 Glaschen.

die Frucht-Saft-Fabrik

von M. D. Cohn in Grätz.

Posenerstraße 4 wird vom 1. Oktober c. ab im 3. Stock Wohnungen, einige kleine und ein Laden zu vermieten.

Bekanntmachung.

Die Schwedenberg-Gorzykowsker Straße soll durch Herstellung von gepflasterten Rinnen, Beliebung der Fahrbahn und der Bürgersteige regulirt werden.

Zur Vergebung dieser Arbeiten incl. Materialien-Befreiung haben wir einen Submissionstermin auf

Donnerstag, 18. Juli c.

Vormittags 11 Uhr, im Baubureau des Rathauses anberaumt, bis wohin versiegelte Osserten mit der Aufschrift:

Osserte über Regulirungsarbeiten der Schwedenberg-Gorzykowsker Straße

cinzurichten sind.

Anschläge, Rechnungen und Bedingungen sind während der Dienststunden in unserer Registratur M. III. in Empfang zu nehmen.

Bromberg, 27. Juni 1872.

Der Magistrat.

Boje.

Möbel-Auktion.

Im Auftrage des Königl. Kreisgerichts werde ich Montag den 15. Juli früh

von 9 Uhr ab

Magazinkräfte 1 im Auktionslokal gute Mahagoni-etc. Möbel als Schränke, Tische, Stühle, Sofas, Spiegel, Betten, Kleider und Wirtschaftssachen öffentlich versteigern.

Rychlewski,
Königl. Auktions-Kommissarius.

Nach Australien
und Neu-Seeland

befordern d. 24. Juli Landarbeiter zu 10 Thlr. 3 Sgr. und Dienstmädchen zu 10 Thlr. 3 Sgr. resp. zu 5 Thlr. 3 Sgr.

Johanning & Behmer,
konzessionierte Auswanderungs-Unternehmer u. Passagier-Expedienten

Boulenplatz 7, Berlin
und Herr A. Lichtenstein
in Posen.

Bekanntmachung.

Eine Lehrerstelle an der evangelischen Stadtschule mit 200 Thlr. Gehalt verbunden, welches unter Umständen bis 250 Thlr. erhöht wird, ist zum 1. Oktober c. zu besetzen, die Besetzung kann aber, wenn der Bewerber wegen der Kündigung zum 1. Oktober 1872 nicht eintreten darf, auch später erfolgen.

Bewerbungsschläge werden unter Einreichung der Anteste und des Lebenslaufs bald erwartet.

Pitschen, den 26. Juni 1872.

Der Magistrat.

Griemberg.

Leinene Drells

zu Herren-Anzügen,

Reisedecken,

Schlafdecken,

Reiseplaids,

Steppdecken,

empfiehlt zu den billigsten Preisen

Posen, Markt 63.

Robert Schmidt

(vorm. Anton Schmidt.)

so der am 13., 14. und 15. November c. stattfindenden Siegung der

König Wilhelm-Lotterie

4. Serie, deren Hauptgewinn 15.000 Thlr. ist, sind Lose (ganz à 2 Thlr., halb à 1 Thlr.) in der Expedition der

Posener Zeitung zu haben.

Breslauerstr. Nr. 3 ist eine kleine Wohnung vom 1. Oktober c. ab zu vermieten.

J. Biestrzycki.

Geschäftslokal neben Wohnung, frühere Apotheke und Weinhandlung, mit 4 geräumigen Kellern, Markt Ecke in Wreschen, sofort zu vermieten.

H. Boreck.

Börse zu Posen

am 11. Juli 1872.

Fonds, Posener 3%, Pfandbrief 94 G, do. 4% neue do. 92½ bz., do. 5% B., do. Provinz-Banknoten 115 B., do. 5% Provinz-Obligat. 100½ bz., do. 5% Kreis-Obligat. 100½ bz., do. 5% Ober-Meierat-Obligat. — do. 4% Kreis-Obligat. 94 G, do. 4% Stadtobligat. II. Em. 91 G., do. 5% Stadt-Obligat. 100½ bz., preuß. 3% prægnat. Staatschuldsh. 91 G., preuß. 4% Staatsan. 97 B., 4% proz. do., Norddeutsche Bundesan. 101 B., Starogard-Posener Eis.-St.-Aktien —, russ. Banknoten 8½ G., ausländ. do. 99½ G., Teillus.-Aktien (Bniaski Chlapowski Plater & Co.) —, do. neue Emision —, Ost. Bank 106½ G., Provinz-Behörde 96 B.

Amtlicher Bericht! Roggen (per 20 Centner). Rüdigungspreis 50%. Gefündigt 1000 Ctr. pr. Juli 50%. Juli-August 48%, August-Sept. 48%, Sept.-Okt. 48%—48%, Herbst 48%—48%, Okt.-Nov. 48%.

Spiritus (mit Kaff) (per 100 Liter = 10,000 pft. Tralles). Rüdigungspreis 23. Gefündigt 15.000 Liter. pr. Juli 23, August 23, Sept. 21%, Okt.-Nov. 18%, Nov. u. Dez. im Verbande 17%.

Amtlicher Bericht! Roggen (per 1000 Kilogramm). Rüdigungspreis 50%. Gefündigt 1000 Ctr. pr. Juli 50%. Juli-August 48%, August-Sept. 48%, Sept.-Okt. 48%—48%, Herbst 48%—48%, Okt.-Nov. 48%.

Spiritus (mit Kaff) (per 100 Liter = 10,000 pft. Tralles). Rüdigungspreis 23. Gefündigt 15.000 Liter. pr. Juli 23, August 23, Sept. 21%, Okt.-Nov. 18%, Nov. u. Dez. im Verbande 17%.

Amtlicher Bericht! Roggen (pr. 1000 Kilogramm). Rüdigungspreis 50%. Gefündigt 25. Wespel. pr. Juli 50% bz. u. B., Juli-August 48% bz. u. B., August-Sept. 48% bz. u. B., Sept.-Okt. 48% bz. u. B., Okt.-Nov. 48% bz. u. B.

Spiritus (pr. 10.000 Liter pft.) flau. pr. Juli 23%—23 bz. u. G., August 23%—23 bz. u. G., Sept. 21% bz. u. G., Okt. 18% bz. u. G., Nov. u. Dez. im Verbande 17%—17% bz. u. G., April-May 17% bz. u. G.

Spiritus (pr. 10.000 Liter pft.) flau. pr. Juli 23%—23 bz. u. G., August 23%—23 bz. u. G., Sept. 21% bz. u. G., Okt. 18% bz. u. G., Nov. u. Dez. im Verbande 17%—17% bz. u. G., April-May 17% bz. u. G.

Spiritus (pr. 10.000 Liter pft.) flau. pr. Juli 23%—23 bz. u. G., August 23%—23 bz. u. G., Sept. 21% bz. u. G., Okt. 18% bz. u. G., Nov. u. Dez. im Verbande 17%—17% bz. u. G., April-May 17% bz. u. G.

Spiritus (pr. 10.000 Liter pft.) flau. pr. Juli 23%—23 bz. u. G., August 23%—23 bz. u. G., Sept. 21% bz. u. G., Okt. 18% bz. u. G., Nov. u. Dez. im Verbande 17%—17% bz. u. G., April-May 17% bz. u. G.

Spiritus (pr. 10.000 Liter pft.) flau. pr. Juli 23%—23 bz. u. G., August 23%—23 bz. u. G., Sept. 21% bz. u. G., Okt. 18% bz. u. G., Nov. u. Dez. im Verbande 17%—17% bz. u. G., April-May 17% bz. u. G.

Spiritus (pr. 10.000 Liter pft.) flau. pr. Juli 23%—23 bz. u. G., August 23%—23 bz. u. G., Sept. 21% bz. u. G., Okt. 18% bz. u. G., Nov. u. Dez. im Verbande 17%—17% bz. u. G., April-May 17% bz. u. G.

Spiritus (pr. 10.000 Liter pft.) flau. pr. Juli 23%—23 bz. u. G., August 23%—23 bz. u. G., Sept. 21% bz. u. G., Okt. 18% bz. u. G., Nov. u. Dez. im Verbande 17%—17% bz. u. G., April-May 17% bz. u. G.

Spiritus (pr. 10.000 Liter pft.) flau. pr. Juli 23%—23 bz. u. G., August 23%—23 bz. u. G., Sept. 21% bz. u. G., Okt. 18% bz. u. G., Nov. u. Dez. im Verbande 17%—17% bz. u. G., April-May 17% bz. u. G.

Spiritus (pr. 10.000 Liter pft.) flau. pr. Juli 23%—23 bz. u. G., August 23%—23 bz. u. G., Sept. 21% bz. u. G., Okt. 18% bz. u. G., Nov. u. Dez. im Verbande 17%—17% bz. u. G., April-May 17% bz. u. G.

Spiritus (pr. 10.000 Liter pft.) flau. pr. Juli 23%—23 bz. u. G., August 23%—23 bz. u. G., Sept. 21% bz. u. G., Okt. 18% bz. u. G., Nov. u. Dez. im Verbande 17%—17% bz. u. G., April-May 17% bz. u. G.

Spiritus (pr. 10.000 Liter pft.) flau. pr. Juli 23%—23 bz. u. G., August 23%—23 bz. u. G., Sept. 21% bz. u. G., Okt. 18% bz. u. G., Nov. u. Dez. im Verbande 17%—17% bz. u. G., April-May 17% bz. u. G.

Spiritus (pr. 10.000 Liter pft.) flau. pr. Juli 23%—23 bz. u. G., August 23%—23 bz. u. G., Sept. 21% bz. u. G., Okt. 18% bz. u. G., Nov. u. Dez. im Verbande 17%—17% bz. u. G., April-May 17% bz. u. G.

Spiritus (pr. 10.000 Liter pft.) flau. pr. Juli 23%—23 bz. u. G., August 23%—23 bz. u. G., Sept. 21% bz. u. G., Okt. 18% bz. u. G., Nov. u. Dez. im Verbande 17%—17% bz. u. G., April-May 17% bz. u. G.

Spiritus (pr. 10.000 Liter pft.) flau. pr. Juli 23%—23 bz. u. G., August 23%—23 bz. u. G., Sept. 21% bz. u. G., Okt. 18% bz. u. G., Nov. u. Dez. im Verbande 17%—17% bz. u. G., April-May 17% bz. u. G.

Spiritus (pr. 10.000 Liter pft.) flau. pr. Juli 23%—23 bz. u. G., August 23%—23 bz. u. G., Sept. 21% bz. u. G., Okt. 18% bz. u. G., Nov. u. Dez. im Verbande 17%—17% bz. u. G., April-May 17% bz. u. G.

Spiritus (pr. 10.000 Liter pft.) flau. pr. Juli 23%—23 bz. u. G., August 23%—23 bz. u. G., Sept. 21% bz. u. G., Okt. 18% bz. u. G., Nov. u. Dez. im Verbande 17%—17% bz. u. G., April-May 17% bz. u. G.

Spiritus (pr. 10.000 Liter pft.) flau. pr. Juli 23%—23 bz. u. G., August 23%—23 bz. u. G., Sept. 21% bz. u. G., Okt. 18% bz. u. G., Nov. u. Dez. im Verbande 17%—17% bz. u. G., April-May 17% bz. u. G.

Spiritus (pr. 10.000 Liter pft.) flau. pr. Juli 23%—23 bz. u. G., August 23%—23 bz. u. G., Sept. 21% bz. u. G., Okt. 18% bz. u. G., Nov. u. Dez. im Verbande 17%—17% bz. u. G., April-May 17% bz. u. G.

Spiritus (pr. 10.000 Liter pft.) flau. pr. Juli 23%—23 bz. u. G., August 23%—23 bz. u. G., Sept. 21% bz. u. G., Okt. 18% bz. u. G., Nov. u. Dez. im Verbande 17%—17% bz. u. G., April-May 17% bz. u. G.

Spiritus (pr. 10.000 Liter pft.) flau. pr. Juli 23%—23 bz. u. G., August 23%—23 bz. u. G., Sept. 21% bz. u. G., Okt. 18% bz. u. G., Nov. u. Dez. im Verbande 17%—17% bz. u. G., April-May 17% bz. u. G.

Spiritus (pr. 10.000 Liter pft.) flau. pr. Juli 23%—23 bz. u. G., August 23%—23 bz. u. G., Sept. 21% bz. u. G., Okt. 18% bz. u. G., Nov. u. Dez. im Verbande 17%—17% bz. u. G., April-May 17% bz. u. G.

Spiritus (pr. 10.000 Liter pft.) flau. pr. Juli 23%—23 bz. u. G., August 23%—23 bz. u. G., Sept. 21% bz. u. G., Okt. 18% bz. u. G., Nov. u. Dez. im Verbande 17%—17% bz. u. G., April-May 17% bz. u. G.

Spiritus (pr. 10.000 Liter pft.) flau. pr. Juli 23%—23 bz. u. G., August 23%—23 bz. u. G., Sept. 21% bz. u. G., Okt. 18% bz. u. G., Nov. u. Dez. im Verbande 17%—17% bz. u. G., April-May 17% bz. u. G.

Spiritus (pr. 10.000 Liter pft.) flau. pr. Juli 23%—23 bz. u. G., August 23%—23 bz. u. G., Sept. 21% bz. u. G., Okt. 18% bz. u. G., Nov. u. Dez. im Verbande 17%—17% bz. u. G., April-May 17% bz. u. G.

Spiritus (pr. 10.000 Liter pft.) flau. pr. Juli 23%—23 bz. u. G., August 23%—23 bz. u. G., Sept. 21% bz. u. G., Okt. 18% bz. u. G., Nov. u. Dez. im Verbande 17%—17% bz. u. G., April-May 17% bz. u. G.

Spiritus (pr. 10.000 Liter pft.) flau. pr. Juli 23%—23 bz. u. G., August 23%—23 bz. u. G., Sept. 21% bz. u. G., Okt. 18% bz. u. G., Nov. u. Dez. im Verbande 17%—17% bz. u. G., April-May 17% bz. u. G.

Spiritus (pr. 10.000 Liter pft.) flau. pr. Juli 23%—23 bz. u. G., August 23%—23 bz. u. G., Sept. 21% bz. u. G., Okt. 18% bz. u. G., Nov. u. Dez. im Verbande 17%—17% bz. u. G., April-May 17% bz. u. G.

Spiritus (pr. 10.000 Liter pft.) flau. pr. Juli 23%—23 bz. u. G., August 23%—23 bz. u. G., Sept. 21% bz. u. G., Okt. 18% bz. u. G., Nov. u. Dez. im Verbande 17%—17% bz. u. G., April-May 17% bz. u. G.

Spiritus (pr. 10.000 Liter pft.) flau. pr. Juli 23%—23 bz. u. G., August 23%—23 bz. u. G., Sept. 21% bz. u. G., Okt. 18% bz. u. G., Nov. u. Dez. im Verbande 17%—17% bz. u. G., April-May 17% bz. u. G.

Spiritus (pr. 10.000 Liter pft.) flau. pr. Juli 23%—23 bz. u. G., August 23%—23 bz. u. G., Sept. 21% bz. u. G., Okt. 18% bz. u. G., Nov. u. Dez. im Verbande 17%—17% bz. u. G., April-May 17% bz. u. G.

Spiritus (pr. 10.000 Liter pft.) flau. pr. Juli 23%—23 bz. u. G., August 23%—23 bz.